

Damit in Zukunft Achtung, Respekt und Frieden herrschen

Michael Helmbrecht

Ansprache des Vorsitzenden der Allianz gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion Nürnberg Michael Helmbrecht am 21.03.2013 bei der Einweihung des Gedenkorts für die Mordopfer der NSU in Nürnberg.

Sehr geehrte Familie Simsek, sehr geehrte Familie Özudogru, sehr geehrte Familie Yasar, sehr geehrte Angehörige der Opfer der Neonazi-Verbrecher, im Namen der Allianz gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion Nürnberg möchte ich mein Wort zunächst an Sie richten. Wir können nicht im Entferntesten ermessen, welche Qualen sie durchlitten haben in den letzten Jahren – durch den Mord an ihren Ehemännern, Vätern, Brüdern, Onkeln und nächsten Angehörigen. Durch die schreckliche Erfahrung, in ihrer Trauer der Mittäterschaft bezichtigt und befürchten zu müssen, ihrer Ehre beraubt zu werden. Durch den gnadenlosen Umstand, dass die Mordtaten, die ihnen so viel Leid gebracht haben, so lange nicht aufgeklärt worden sind. In meiner, in unserer Hilflosigkeit können wir Ihnen nur unsere tiefe Anteilnahme versichern.

Bestürzung über neonazistische Verbrecher und sich irrende Behörden

Wir sind bestürzt darüber, was neonazistische Verbrecher und sich irrende Behörden Ihnen angetan haben. Vielleicht ist es unangebracht und sehr vermessen von mir, Sie zu bitten, nicht zu verbittern und zu sehen, dass am Internationalen Tag der

Aber lassen Sie mich Ihnen im Namen der Allianz gegen Rechtsextremismus, in der über 130 Städte und 120 Initiativen in der Metropolregion sich zusammengeschlossen haben, versichern, dass wir unser Möglichstes tun werden, dass hier in unserer gemeinsamen Heimat Menschen wegen ihrer Herkunft, wegen ihrer Hautfarbe, ihrer Religion oder anderer Eigenschaften nicht als Menschen zweiter Klasse behandelt und nie mehr aus der Menschheitsfamilie ausgeschlossen werden. Wir sind sehr entschlossen, jenen lebensgefährlichen Kulturen der rassistischen Verachtung von Minderheiten, die sich in Deutschland und Europa einzunisten versuchen, entgegenzutreten.

Unfassbare Banalisierung der Gefährlichkeit der rechtsextremistischen Szene

Sehr geehrter Herr Staatsminister (Herrmann), sehr geehrte Vertreter der Polizei und der Verfassungsschutzbehörden, im Namen der Allianz gegen Rechtsextremismus möchte ich Ihnen sagen, dass wir durchaus glauben, dass sehr wohl sehr eifrig in den Mordfällen ermittelt wurde. Aber es ist offenkundig, dass der Eifer nicht zu den richtigen Ergebnissen führen konnte, weil er auf falschen Voraussetzungen aufsaß: Erstens der unfassbaren Banalisierung der Gefährlichkeit der rechtsextremistischen Szene bis hin zur Protektion von rechtsextremistischen Strukturen durch die staatlich alimentierten V-Leute. Zweitens der Bereitschaft zur Stigmatisierung und



Mitglieder des Integrationsrates und der Geschäftsstelle bei der Einweihung des Denkmals für die Opfer der Neonazis, Foto: Jochen Menzel

Menschenrechte vorletzten Jahres, kurz nach dem Offenbarwerden der Täter, viele Tausend Menschen hier im Nürnberger Raum an den Trauerfeiern zum Gedenken an die ermordeten 10 Mitbürger teilgenommen haben. Vielleicht ist es nach dieser Zeit, die Sie durchleiden mussten, menschenunmöglich zu glauben, dass Millionen Menschen, die überwiegende Mehrheit der Menschen in diesem Land gerne in einer bunten, multikulturellen, friedlichen Gesellschaft lebt. Dass Hunderte von Initiativen sich engagiert und unablässig Naziaufmärschen in den Weg stellen, dass die Qualitäts-Medien sehr kritisch die Aufklärung der Mordtaten betreiben und kritisch begleiten. Vielleicht ist der Blick auf die zivilen Seiten dieses Landes nach diesen schrecklichen Erfahrungen nicht mehr möglich und kann auch keinen Trost spenden.

Kriminalisierung von Migranten-Milieus. Diese beiden Fehler zusammengenommen erklären erst das Desaster der Ermittlungen. Diese Erkenntnis wäre ein zwingender Grund zur Selbstreflexion, zur Fehlersuche und für die Frage: Was stimmt in unseren Strukturen nicht, was stimmt an unseren Mentalitäten nicht? Stattdessen hören wir, dass Akten verschwanden, geschwiegen, vernebelt, geschwärzt und vergessen wurde. Wenn Sie das Vertrauen in die Behörden wieder herstellen wollen, dann klären Sie selbstkritisch und entschieden den Geist und die Strukturen auf, die der Nährboden dieser Irrtümer waren und sind. Lassen Sie uns wissen, warum die NSU-Verbrecher gerade Nürnberg als Zielort und Nürnberger

Fortsetzung Seite 2 unten

Grußwort des Oberbürgermeisters

Liebe Leserinnen und Leser,

die diesjährige Nürnberger Integrationskonferenz war dem Thema „Sprache und Verständigung in einer vielfältigen Gesellschaft“ gewidmet. „Einstimmig – mehrstimmig“ lautete das Motto, in dem mehrere Bedeutungen mitschwingen: „Stimme“ bezeichnet ja nicht nur die Fähigkeit, Laute zu erzeugen und sich zu artikulieren, sondern steckt auch in „be-“ und „abstimmen“ und steht nicht zuletzt in der Demokratie für das Wählervotum.

Und so hat die Frage „Werden unsere Stimmen gehört?“, die Menschen mit Migrationshintergrund äußern, viele Dimensionen. Im engen Sinn geht es darum, wie gut man deutsch sprechen muss, um im Beruf und im Alltag Akzeptanz zu finden. Viele Menschen mit Migrationshintergrund sprechen völlig selbstverständlich hervorragend Deutsch. Leider kommt es immer wieder vor, dass ihnen aufgrund ihres Aussehens oder ihres Namens automatisch Sprachdefizite unterstellt werden, was sie zu Recht als schwere Diskriminierung empfinden.

Aber es gibt auch diejenigen, die die Zweitsprache erst lernen müssen. Gerade ihnen gegenüber fehlt es manchmal an einer Haltung der Anerkennung für die Leistung, sich eine neue Sprache anzueignen. Natürlich fällt jedes Gespräch leichter, wenn beide Seiten im wahren Sinne des Wortes die gleiche Sprache sprechen. Aber oft ist eine Verständigung doch problemlos möglich, wenn sich beide Gesprächspartner verstehen wollen und sich Mühe geben – daran ändern ein Akzent, fehlende Vokabeln oder kleine Fehler nichts. Sprache hat aber bekanntlich auch viel mit Identität und Abgrenzung zu tun und kann deshalb anstatt zur Kommunikation auch zur Zurückweisung gebraucht werden, zugespitzt in dem Satz „Lernen Sie erstmal deutsch!“ Wer wiederholt so kompromisslos abgewiesen wurde, wird die Kommunikation im Deutschen wohl auf das Notwendigste reduzieren. Schade, denn bekanntlich verbessern sich Sprachkenntnisse im Gespräch doch am besten!

Übrigens müssen vor allem wir einsprachig aufgewachsenen Mitglieder der so genannten Mehrheitsgesellschaft uns viel mehr als bisher der Komplexität und des Reichtums der Mehrsprachigkeit bewusst werden. Wer in zwei Sprachen aufwächst und heimisch wird – den fundierten Erwerb beider Sprachen vorausgesetzt! –, verfügt über breitere Ausdrucksmöglichkeiten und hat eine differenziertere Sicht auf die Welt. Weil außerdem positive Effekte für die Entwicklung des Gehirns nachgewiesen sind, sagt die Forschung „Mehrsprachigkeit macht schlau!“ und empfiehlt eine bilinguale Erziehung auch für Kinder, die in der Familie keine Zweitsprache erlernen. Selbst wer erst im Erwachsenenalter in eine neue Sprache eintaucht, profitiert davon. Viele gute Argumente also, um die verbreitete Zurückhaltung der Deutschen gegenüber der Mehrsprachigkeit aufzugeben!

Im weiteren Sinn geht es auch darum, welche politische Stimme Menschen ohne deutschen Pass in unserer Demokratie haben. Jeder und jede kann sich – unabhängig von der Nationalität – in Versammlungen äußern, sich in Initiativen, Parteien und Vereinen engagieren und so zur Meinungsbildung beitragen. Dass das auch mehr und mehr Nürnbergerinnen und Nürnberger mit Migrationshintergrund tun, freut mich sehr. Der Integrationsrat verschafft den Anliegen von Zugewanderten in Nürnberg höchst engagiert Gehör und setzt wichtige Impulse (Beispielhaftes dazu können Sie wieder hier in „Nürnberg interkulturell“ nachlesen). Dennoch ersetzen diese Beteiligungsformen nicht das allgemeine Wahlrecht. Daher befürworte ich das kommunale Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer, das leider bislang politisch noch nicht durchgesetzt werden konnte. Diejenigen, für die eine Einbürgerung denkbar ist, möchte ich zu dieser Entscheidung ermutigen. Denn sie ermöglicht letztendlich erst die volle politische Teilhabe.

Für Nürnberg wünsche ich mir harmonische Vielstimmigkeit und gegenseitiges Aufeinander Hören aller Menschen, egal welcher Herkunft. Tragen wir alle dazu bei, dass beim Gespräch – einsprachig oder mehrsprachig – das gegenseitige Interesse die Kommunikation beflügelt und dass nicht Fehler, Akzente, der Name oder der Pass, sondern Austausch und Verständigung im Vordergrund stehen!

Ihr

U. Maly

Dr. Ulrich Maly



„Einstimmig – vielstimmig“

Impressionen von der 3. Nürnberger Integrationskonferenz am 20.04.2013

Horst Göbbel

„Manchmal“ sagte mir kürzlich jemand, „manchmal ist unser Leben doch das, was wir daraus machen.“ Stimmt, dachte ich, hatte dies jedoch sprachlich bisher noch nicht so formuliert. Formulieren, sprechen, debattieren kann man sehr vielfältig, sehr unterschiedlich – Gott sei Dank. Entscheidend ist jedoch letztlich, ob man sich sprachlich auch begegnet, ob man sich näher kommt, ob man sich gegenseitig zumindest als Mensch respektiert.

Cooper Thompson, mein energiegeladener Kollege im Integrationsrat, stellte sich öffentlich in einer Podiumsdiskussion auf der 3. Nürnberger Integrationskonferenz am 20. April mit Dr. Elzbieta Szczebak, Literaturwissenschaftlerin aus Polen und längst in Deutschland lebend, der Frage, ob „Deutsch verbindet“ und schlussfolgerte selber, es sei letztlich nicht entscheidend, grammatikalisch perfekt deutsch zu sprechen, wichtig sei, ob man sich annähern, ob man sich trotzdem verstehen kann, ob Begegnung auch als Energieimpuls wirksam werden könne.

So selbstbewusst wie Cooper Thompson sind leider viele zugewanderte Mitbürger – in Nürnberg leben Menschen aus mehr als 160 Ländern – ganz und gar nicht. „Vielfach“, meint Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly, „machen hier geborene oder aufgewachsene Deutsche aus Zuwandererfamilien aufgrund ihres Aussehens oder ihres Namens die Erfahrung, auf ihre familiäre Zuwanderungsgeschichte reduziert zu werden und mit Problemen und Defiziten in Verbindung gebracht zu werden. Beispiele, die nicht von einer gelebten Anerkennungskultur oder der oft beschworenen Wertschätzung der Vielfalt zeugen.“

3. Nürnberger Integrationskonferenz – ein Erfolg?

„einstimmig – mehrstimmig – Sprache und Verständigung in einer vielfältigen Gesellschaft“ – so das Motto der 3. Nürnberger Integrationskonferenz am 20. April 2013

im Nürnberger Künstlerhaus. Eine gut besuchte, breit angenommene, geglückte Konferenz mit inhaltlichem und gestalterischem Tiefgang. Der gewünschte Informations- und Erfahrungsaustausch fand in vielfältiger Form statt. Gratulation an das Organisationsteam vom Amt für Kultur und Freizeit der Stadt Nürnberg, konkret an Koordinatorin Sandra Bröring.

Sie, Sandra Bröring, stellte in ihrem Anfangsstatement klar fest: „Es gibt keine einstimmige Definition von Deutschsein!“ und Jagoda Marinic, preisgekrönte Schriftstellerin, in Waiblingen geborene Tochter kroatischer Eltern, bekannte in ihrem bedenkenswerten Einführungsvortrag „Was ist deutsch in Deutsch-

land?“ ebenfalls gleich am Anfang: „Ich bin mehrstimmig!“ Locker und sprachlich einfühlsam, zugleich direkt und kämpferisch stellte sie fest: „Die Deutschen haben gerne Gäste und sind gerne Touristen. Mit Menschen, die sich hier niederlassen, tun sie sich schwer.“ Natürlich ist dies absichtlich recht pauschal formuliert, jedoch im Grundton allemal wahr. Leider. Nicht umsonst diskutieren wir seit Jahren auch über das Thema Willkommenskultur. Wer habe die „sprachliche Benennungsmacht“ in Deutschland, fragte sie weiter und antwortete: Natürlich die Mehrheitsgesellschaft. Darin sei auch eine „Spur Gewalt, die Gewalt der Mehrheit“ zu erkennen. Ob sich „die Deutschen so sehr vor der Mehrsprachigkeit fürchten“, weil sie „Angst

vor dem eigenen Verschwinden“ haben? Und dann kam – aus meiner Sicht – ein wegweisender Satz: „Ich sehe es als Chance, sie (die deutsche Mehrheitsgesellschaft) denken zu lehren.“ Denken zu lehren etwa über den Prozess der Integration. „Der Spiegel kommt zu mir und teilt mir mit, du hast dazu etwas zu sagen!“ „Wer bist du?“, meint Marinic, sei wichtiger als „Woher kommst du?“ Vielfalt und Vielstimmigkeit seien angesagt. Das Menschsein müsse im Zentrum stehen, nicht die ethnische oder staatliche Zugehörigkeit. Dem kann ich nur zustimmen und hinzufügen: Der Weg, den wir – die Zugewanderten – aufzeigen, der Weg, den wir gehen, wird dieses Land grundlegend mitgestalten.

Fortsetzung Seite 3



Horst Göbbel, Erna Malygin, Viktoria Dinges, Sabrina Havlitschek, Friedrich Popp und Lemia Yiyit (v.l.n.r.) beim Abschlussbericht über die Workshops der Konferenz, Foto: Karl-Friedrich Hohl

Fortsetzung von Seite 1

Bürger als Zielschiebe wählten und was die regionale, hochaktive Neonazi-Szene damit zu tun hat. Und mit Blick auf die anstehenden Wahlkämpfe bitten wir Sie: Ermahnen Sie Ihre Kollegen in den Parlamenten und die Partner in den Vorstandsetagen unserer Gesellschaft zur Besonnenheit, wenn sie mit Blick auf Wählerstimmen den Rechtspopulisten das Wort reden und sehr missverständlich etwa vom Tod des Multikulturalismus schwadronieren.

Bedürfnis nach Freiheit und nach Anerkennung

Sehr geehrte Damen und Herren, es gab ja Debatten im Vorfeld, ob der Nürnberger Weg des Gedenkens geeignet sei, den schrecklichen Ereignissen und der Trauer der Betroffenen Rechnung zu tragen. Ich glaube, das kann keine Gedenkstätte – in welcher Form auch immer – leisten. Mit Gedenkstätten sollen nicht Steine, sondern die Köpfe und Herzen der Besucher und Vorübergehenden

bewegt werden. Und das kann mit diesem Ensemble, den vier Gingko-Bäumen, der Stele mit den Namen der zehn Ermordeten und einer Verurteilung der menschenverachtenden Taten der Neonazi-Verbrecher in der unmittelbaren Nähe zu den Säulen der Menschenrechte geschehen. Es entstand aus unserer Sicht ein würdiger und symbolträchtiger Mahn- und Gedenkort. Mit ihrem eigentümlichen, zweigeteilten Blatt symbolisieren die Gingko-Bäume nicht die Dualität, das Neben- oder Gegeneinander, sondern die Polarität, die Einheit in der Verschiedenheit. Das ist ein gutes Symbol für jene Welt, für die wir eintreten: Eine plurale Gesellschaft, die zusammengehalten wird von unserem Willen, das Zusammenleben und die Konfliktaustragung friedlich, respektvoll und im Geiste der Menschenrechte zu gestalten.

Wir sind in mancher Hinsicht vielleicht unterschiedlich, aber wir sind gleich mit Blick auf unsere elementaren Bedürfnisse: Kein Mensch will erniedrigt, gefoltert, getötet

werden. Wir alle haben ein Bedürfnis nach Freiheit und nach unserer Anerkennung als vollwertige Mitglieder einer Gemeinschaft, ein Bedürfnis nach Respektierung unserer Glaubensüberzeugungen, ein Bedürfnis nach einem Leben ohne Furcht und Not. Die Menschenrechte formulieren die Anrechte zur Verwirklichung dieser Bedürfnisse, die uns allen gemeinsam sind, Bedürfnisse, die uns als Menschen ausmachen. Dieser Einheit in der Verschiedenheit müssen wir uns gerade in konflikthaften Auseinandersetzungen immer wieder inne werden.

Achtsam im täglichen Umgang miteinander

Im Vergleich mit den unverrückbaren Säulen der Menschenrechte erscheinen die Gingko-Bäume zart und schutzlos. Ihre Verletzbarkeit steht in einer deutlichen Spannung zu den Säulen. Sie kann uns lehren: Menschen jedweder Herkunft sind sich gleich in dieser Verletzbarkeit. Wir alle können zutiefst ver-

letzt werden – körperlich, seelisch und moralisch. Und gerade weil wir als Menschen so verletzlich sind, deshalb brauchen wir alle den Schutz der Menschenrechte.

Lassen Sie uns achten auf die Gingko-Bäume. Lassen Sie uns achtsam sein im täglichen Umgang miteinander. Die Gingko-Bäume können sehr alt werden und sie bilden mächtige Kronen aus. In nicht allzu ferner Zeit können sich Menschen unter ihnen niederlassen. Vielleicht stellt sich im Schatten, den sie unseren Ururenkeln noch spenden werden, die Frage: „Was war das nur für eine Zeit, in der Menschen dafür verdächtigt, beleidigt, ausgegrenzt, verachtet und getötet wurden, dass sie andernorts geboren wurden, eine andere Hautfarbe, eine andere Religion hatten?“ Für diese zukünftige Welt, der unsere gegenwärtigen Verhältnisse so fremd sind, weil Achtung, Respekt und Frieden in ihr herrschen, kämpfen wir. Den Feinden der Menschenrechte treten wir entschlossen entgegen. Und wir sind viele.

Fortsetzung von Seite 2

Auch wenn das Dilemma der Sprache, der Kommunikation untereinander bleibt, sollten wir nicht vergessen: Sprache ist ein bewährtes Mittel, mit dem man auch Begegnung gestalten kann. Dabei stehen Begriffe für Prozesse. In mehreren Workshops ging es am Nachmittag bunt zu:

- „Einstimmig – mehrstimmig. Welche Sprache(n) sprechen wir?“ (als Weltcafé),
- „Aufwachsen in zwei Sprachen“,
- „Sprachdschungel Großstadt – Jugendliche und ihre Sprache“,
- „Deutsch im Fachunterricht“,
- „Die Kinderbuch-Debatte oder Wie sage ich es richtig?“,
- „Beruflich anerkannt? Ein Jahr Anerkennungsgesetz/ Zwischenbilanz und Ausblick“,
- „Perspektivenwechsel – über den Nachbarzaun schauen!“.

Im „Weltcafé“: Hat der Begriff Integration ausgedient?

In moderierten Tischgesprächen gingen wir im „Weltcafé“ Fragen des Vormittags in unterschiedlichen Konstellationen nach: „Was ist deutsch in Deutschland? Was bedeutet „deutsch sein“ für uns? Wer prägt das Bild vom „deutsch sein“ in unserer vielfältigen Gesellschaft? Welche Erfahrungen mit Sprache(n) haben wir gemacht? Was drücken wir mit Sprache aus und welche Selbst- und Fremdzuschreibungen klingen mit?“

Hier einige Ergebnisse: „Muss man eigentlich deutsch sein?“, „Deutsch als Fremdsprache zu lernen braucht Wille, Ziel, Mut, Geduld, auch Mut zum Fehler.“, „Die Welt ändert sich, Deutschland ändert sich.“, „Als Mensch mit Migrationshintergrund habe ich von Deutschen selten Interesse an meiner Geschichte erlebt.“, „Zu diesem Land, zu dieser Gesellschaft stehen, kann man nicht verordnen. Dazustehen muss wachsen.“, „Das vielfältige Gesicht der Gesellschaft ist längst Realität. Es muss lediglich (an)erkannt und nicht „verhindert“ werden.“ Mein Kommentar dazu: Wer will denn meine Geschichte überhaupt hören? Kaum jemand in Deutschland. Wenn ich jedoch den ersten Schritt tue, kann der Begegnung Erfolg beschieden sein. Wir benötigen, um uns sicherer und wohler zu fühlen, Identifikationselemente. Zwar ist die neuere Geschichte Deutschlands noch sehr stark verbunden mit dem Thema Nationalsozialistische Diktatur, aber mehr und mehr rücken auch wir, die zugewanderten Menschen in diese Gegenwartsgeschichte. Die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands der 1960er, der 1970er Jahre ist ohne die Millionen Gastarbeiter aus Südeuropa einschließlich der Türkei nicht verstehbar. Und weiter hieß es: „Ich bin schockiert, sobald ich spreche, in eine Schublade gesteckt zu werden.“, „Zweite Sprache ist ein Gewinn.“, „Mehrsprachigkeit bedeutet auch mehr Sensibilität für Sprache.“, „Wie viele Sprachen ich spreche, so viele Menschen bin ich!“ (ungarisches Sprichwort) ...

Nach spannenden Diskussionen dazu stand auch die Frage zur Debatte, die inzwischen zahlreiche Kontroversen hervorruft. „Ist der Begriff Integration noch ein geeigneter Begriff für den Umgang mit kultureller Vielfalt in Deutschland? Welchen Begriff würden Sie bevorzugen?“ Diese Frage lässt auch mich seit geraumer Zeit nicht los. Weil sie nicht einfach mit ja oder nein beantwortet werden kann, widme ich ihr einen gesonderten Beitrag in dieser Zeitung.

Die Integrationskonferenz endete mit einer gelungenen Präsentation der Impressionen aus den Workshops und einem erfrischenden Schlusswort von Elisabeth Ries.

Auswertung zur Berufsbildungsmesse 2012

Clarissa Heberl, Sevim Coskun

Vom 10.12. – 13.12.12 fanden in Nürnberg die Berufsbildungsmesse für Aus- und Weiterbildung und der 12. Bayerische Berufsbildungskongress des Staatsministeriums für Arbeit, Sozialordnung, Familien und Frauen statt. Auch der Integrationsrat der Stadt Nürnberg hatte die Gelegenheit, sich an einem Stand am Marktplatz der Kulturen zu präsentieren.



Elena Grabel und Andja Skojo vor der Pinnwand mit den Antworten der Umfrage, Foto: Sevim Coskun

Um mit möglichst vielen jungen Menschen in Kontakt treten zu können, führte der Integrationsrat vor Ort eine Umfrage zum Thema „Wo drückt der Schuh in Deutschlands Schulen?“ durch. Eigens für diesen Anlass wurden im jugendgerechten Stil Umfragekärtchen und ein Poster für die Befestigung an der Pinnwand erstellt.

Insgesamt wurden über 500 Kärtchen ausgefüllt und knapp 700 Meinungen bzw. Verbesserungsvorschläge abgegeben. Unter den Teilnehmern waren (wie auf den Kärtchen zum ankreuzen vorgegeben) Lehrer, Schüler und Eltern mit und ohne Migrationshintergrund.

Prozentual wurden 79,38% der Antworten von Schülern, 15,17% von Lehrern und 5,50% von Eltern abgegeben. Bei den von Schülerinnen und Schülern besuchten Schularten handelt es sich um Mittelschulen, Realschulen, Gymnasien, Berufsschulen und sonstige Schulen. Unter sonstige Schulen fallen Fachoberschulen, Wirtschaftsschulen, Förderschulen und Montessori Schulen.

Die am häufigsten genannte Antwort der Schüler aller Schulen, sind die Beschwerden über Lehrer (16,51%, 93 Schüler). Die Beschwerden beziehen sich hauptsächlich auf verschiedene Verhaltensweisen der Lehrer. Unter anderem Mobbing gegenüber Schülern, wenig Toleranz und Respekt, Unhöflichkeit u.ä. Des Weiteren wird auch die Kompetenz der Lehrer kritisiert. Benannt wurde, dass einige Lehrer Schwierigkeiten bei der Vermittlung des Lernstoffes aufweisen oder vereinzelt als zu alt eingestuft werden, um weiterhin zu unterrichten.

Ein weiterer häufig genannter Kritikpunkt der Schüler ist der schlechte Zustand des Schulgebäudes, der Ausstattung und der Lehrmaterialien. 6,21% (46 Schüler) der Schüler bemängeln dies an ihrer Schule.

5,19% (28 Schüler) klagen über zu kurze

Pausen. Die Schulpausen sind in der Regel 15 Minuten lang. Es ist eine Überlegung wert, ob 15 Minuten nicht tatsächlich zu kurz sind, damit sich Schülerinnen und Schüler erholen können. Immerhin muss sowohl das Verlassen des Gebäudes, als auch der Rückweg noch berücksichtigt werden. Auch der Schulbeginn um 8 Uhr morgens ist für 4,27% (23 Schüler) nicht optimal.

(45 Schüler) diesen Wunsch. Es entspricht der am dritthäufigsten genannten Antwort! Besonders an Gymnasien und Berufsschulen ist diese Zahl verhältnismäßig hoch und wurde zu 50% von Schülern mit Migrationshintergrund geäußert.

5,61% der Schüler und Lehrer halten die Klassengröße für zu groß und 4% (28 Personen) der Schüler und Lehrer äußerten, dass es zu wenig Förderung für schlechtere Schüler gäbe. Bestätigt wird dies unter anderem dadurch, dass auch 12% der Lehrer (davon 61,54% an Mittelschulen) bemängelten, dass es zu wenige Lehrkräfte gibt.

8,9% (59 Schüler) der Schüler beklagen, dass zu viele Prüfungen, zu viel Lernstoff und zu viele Hausaufgaben aufgetragen werden. Besonders hoch ist die Zahl der Gymnasiasten, die sich darüber beschwerten. Als Hauptursache hierfür wurde das G8 genannt.

Natürlich gab es auch Schüler, die in ihrer Schule zufrieden waren. Dies entspricht 5,9% (39 Schüler) aller befragten Schülerinnen und Schüler.

Auffällig war, dass mindestens die Hälfte der teilnehmenden Schülerinnen und Schüler nicht wusste, was der Begriff Migrationshintergrund bedeutet. Daraus lässt sich schließen, dass das Thema Migration (Migration im 21. Jh. / Anwerben von Gastarbeitern etc.) mehr im Lehrplan der Schulen berücksichtigt werden müsste.

Es handelt sich hierbei nicht um eine repräsentative Studie oder Umfrage. Ziel des Integrationsrates war es lediglich, die Probleme im Schulsystem aus erster Hand, also direkt von Schülerinnen und Schülern sowie Lehrern und Eltern zu sammeln. Auch wenn es sich nicht um repräsentative Ergebnisse handelt, wurden einige bekannte Problemfelder verdeutlicht sowie neue Erkenntnisse gewonnen.

Der Integrationsrat bedankt sich bei allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern sowie allen Beteiligten, die diese Aktion möglich gemacht haben.



Horst Göbbel, Clarissa Heberl, Yulia Gorbunova und Michele Scala (v.l.n.r.), Foto: Sevim Coskun

Vor 40 Jahren – von den Anfängen des Nürnberger Ausländerbeirats

Beobachtungen hinter der Kamera

Jochen Menzel und Gülseren Suzan

Als Filmemacher lesen wir seit Jahren in Bildern. Und wenn wir uns die Aufnahmen vom Neujahresempfang des Nürnberger Integrationsrates im historischen Rathausaal anschauen, sehen wir einen selbstbewussten und auch fordernden Integrationsrat. Auf seine Einladung hin gibt sich alle Jahre wieder das multikulturelle Nürnberg ein Stelldichein; der Oberbürgermeister spricht, es versammeln sich Prominenz aus Politik und Stadt, Bundestagsabgeordnete verschiedener Couleur, wenn auch zu wenige, diplomatische Vertretungen, verdiente Bürger, die Vereine und viele mehr. Ein Come together mit einiger gesellschaftlicher, aber auch symbolischer Bedeutung.

in den letzten Jahren durch die NSU wiederum 3 Opfer, dass die Stadtgesellschaft seine eingewanderten Bürger immer wieder couragiert und entschlossen verteidigen muss.

Hoffnungen – Geschichte ist machbar

Im Folgenden wollen wir einige Gedanken mitteilen, die uns bei der Arbeit an dem filmischen Feature – vorläufiger Titel „Wege zur Partizipation – vom Ausländerbeirat zum Integrationsrat“ – bewegten. Während der Montage von Bildern und Filmtiteln in den vergangenen Wochen, schauten wir immer und immer wieder in die Gesichter

–, gehörten zu diesem Repertoire, dessen sich die Beiräte mit Ausdauer und Erfolg bedienten. Sie wurden dabei begleitet von vielen Bündnispartnern und einer überwiegend sympathisierenden Presse.

Und es ist kein Zufall, dass viele der „Gründungsväter“ des Ausländerbeirats, wie der Sozialberater und Musiker Alpay Sakar, sich auch als Kulturbotschafter verstanden, indem sie ihre Heimatkultur zum Mittel der Verständigung machten.

Rückblickend betrachtet, markiert das Jahr 1973 den Beginn eines interkulturellen städtischen Lebens, mit nachhaltigen Auswirkungen.

Anfänge – „Es hat gekocht, es musste etwas geschehen“

Zunächst hatten wir den Eindruck, dass die Entstehung des Nürnberger Ausländerbeirats gern linken, zielstrebigem politischen Partizipationsstrategien zugeschrieben wird. Aus vielen Gesprächen und Recherchen ergibt sich ein anderes Bild. Weder Gebhard Schönfelder, der 1972 für die Jungsozialisten in den Nürnberger Stadtrat einzog und ihm bis heute angehört, noch Luis Ramos, der 1. Vorsitzende des Ausländerbeirats und damals Vorstand des Centro Español, würden von einer solchen Zielstrebigkeit sprechen.

Es war vielmehr eine Zeit, die Entscheidungen verlangte, oder wie es Luis Ramos auf die einfache Formel bringt: „Es hat gekocht, es musste etwas geschehen“. Denn das Krisenjahr 1973 kündigte sich an, mit einer Wirtschaftsflaute und ersten Entlassungen, der Energiekrise und dem Anwerbestopp im November.

Zudem war die Zahl der angeworbenen „Gastarbeiter“ schnell gestiegen, – allein in Nürnberg bis Anfang der 70er Jahre auf rund 50.000, d.h. knapp 10% der Stadtbevölkerung. Die Stadt war weder mit ihrem Personal noch mit ihren Einrichtungen darauf vorbereitet. Zum drängenden Problem wurde die

schulische Versorgung der Kinder, die nachgeholt wurden, und um die sich die Frauen der ersten Stunde sorgten. Es fehlte an Wohnraum oder der Bereitschaft, diese an „Ausländer“ zu vermieten. Die sprachliche Verständigung war nur mit den wenigen Dolmetschern der Sozialdienste möglich, – z.B. nur drei Sozialberater der AWO für alle türkischen Landsleute in Nürnberg und Umgebung.

Pater San Pedro, der damalige Geistliche der spanisch-katholischen Mission, klagte 1971 gegenüber dem ZDF: „Die Räume, die wir haben sind zu eng (gemeint war der erste Nürnberger Arbeiterverein Centro Español, Anm. J.M.), es fehlen Bibliotheken – es muss alles in Privatinitiative gemacht werden von Menschen, die die Sprache, die Verhältnisse nicht gut kennen und daher kommen sie nicht weit mit ihren Forderungen...“.

Zudem drohte über den Arbeitsmigranten das Damoklesschwert der Rotation, da die Ausländerämter in Nürnberg und der Region Aufenthaltsverlängerungen verweigerten, Ausweisungen verfügten.

Zivilgesellschaftliches Engagement und interkulturelle Initiativen

Ein breites Feld für zivilgesellschaftliches Engagement und nachbarschaftliche Hilfe tat sich auf, das in Nürnberg anfangs von den Jugendverbänden der Kirchen und der christlich motivierten „aktion 365“ aufgegriffen wurde. Ein wichtiger Chronist dieser Jahre und Mitglied der „aktion 365“ ist Ottmar Jäger, ehemaliger MAN-Ingenieur und Mitbegründer des Nürnberger Arbeitskreises „Gastarbeiter-Mitbürger“.

Als leidenschaftlicher Hobbyfilmer und Dokumentarist, – ihm verdanken wir wichtige Hinweise sowie wertvolles Film- und Tonmaterial – erinnert sich der heute 83-Jährige, dass bereits 1969 die katholische und evangelische Jugend in der Nürnberger Egidienkirche e-



Protestversammlung am 14. Januar 1973 in der Rollnerstraße 99 in Nürnberg mit Cahit Turan (mit Flügel) als Versammlungsleiter, Foto: Bernd Jürgen Fischer

Symbolik der Bilder – vom Rand in die Mitte

Denn die Anfänge des Integrationsrates als Ausländerbeirat vor 40 Jahren sahen anders aus: man suchte nach einem Ort in der Stadt, nach Teilhabe und Akzeptanz, wünschte aus der Marginalität herauszutreten. So betrachtet, lässt sich dieser Empfang ebenso deuten als Ankommen in der Mitte der Stadtgesellschaft.

Auch wenn die Bilder eine Erfolgsgeschichte erzählen, sind einige Einschränkungen zu machen. So bleibt zu fragen, warum sich das multikulturelle Nürnberg mit seinen fast 40 % Einwanderern noch immer nicht annähernd abbildet in den Institutionen der Stadt, im Stadtrat selbst, in den Verbänden, den Medien. Und zu fragen ist: Warum haben die ca. 50.000 eingewanderten Nicht-EU-Bürger (über 18 Jahre) – insbesondere die lang ansässigen – noch immer kein Wahlrecht, nicht einmal das kommunale?!

Oder warum gerät das Verhältnis der Stadtgesellschaft zu seinen Einwanderern so leicht unter die Räder populistischer Politik, ob mit einer Unterschriftenkampagne gegen die doppelte Staatsbürgerschaft, wie Anfang 1999 geschehen oder mit Leitkulturdebatten.

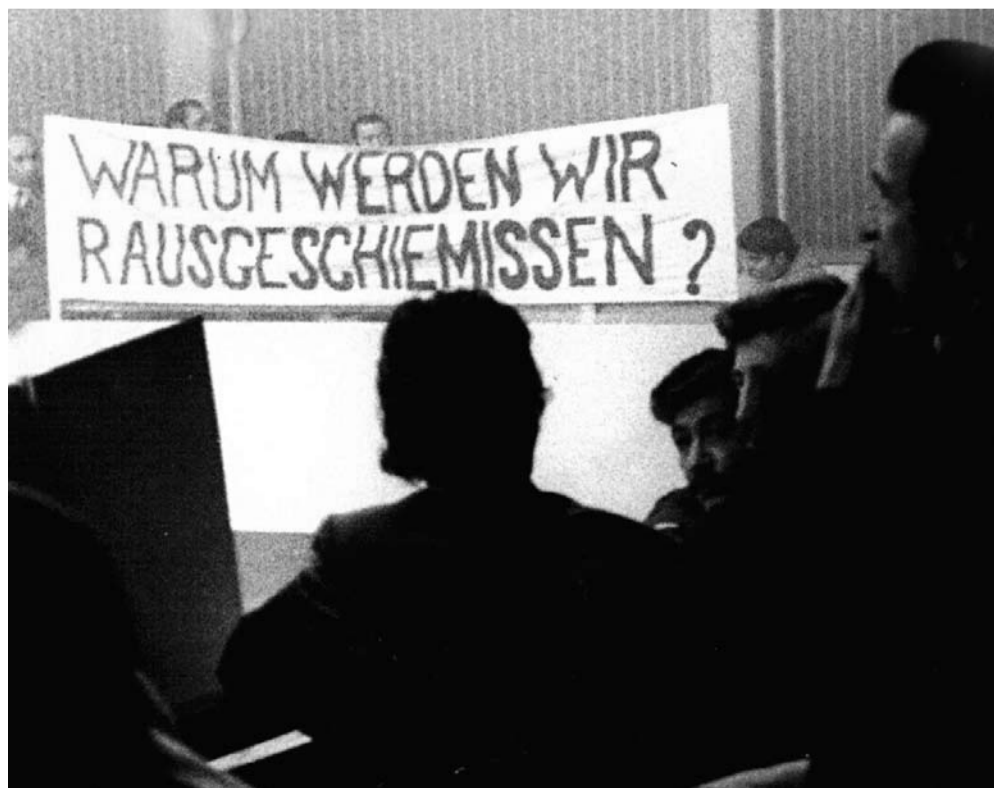
Und letztlich zeigen die Attentate von Neonazis, die in Nürnberg mit dem Fall Oxner im Juni 1982 drei Menschenleben forderten und

der Menschen, die ihre Erinnerungen mit uns in langen Interviews teilten. Wir blickten mit Ihnen auf Fotos, die sie uns zeigten und spürten ihren Emotionen nach, wenn sie von ihren ersten Jahren in Nürnberg erzählten, eine Zeit voller Erwartungen und Hoffnungen.

Die so entstandene Vertrautheit ließ uns erahnen, wie groß ihr Beitrag war, den sie als Ehrenamtliche für ihre neue Heimat Nürnberg erbrachten – trotz vieler Rückschläge und Enttäuschungen.

Wenn heute die ehemaligen Ausländerbeiräte Luis Ramos, Juan Cabrera, Ali Bencibara oder der damaliger Leiter des Amtes für Kultur und Freizeit Siegfried Kett, im Film stellvertretend für viele Bilanz ziehen, ist unüberhörbar: Der Einsatz für ein tolerantes und weltoffenes Nürnberg war nicht umsonst, er hat Früchte getragen.

So entsteht für uns das Bild, dass 1973 mit dem Ausländerbeirat ein Ort entstanden war, von dem aus die damaligen „Gastarbeiter“ die Sensibilisierung der Stadt für ihre Anliegen betreiben und sie mit ihren mitgebrachten Kulturen, Sprachen, Geschichten bekannt machen konnten. Unzählige Aktionen auf den Straßen, Demonstrationen, Mahnwachen, multikulturelle Feste, Veranstaltungen und Pressekonferenzen zu den brennenden Fragen, ja sogar Predigten in der Sebalduskirche, – von der Juan Cabrera uns lächelnd berich-



Protest der Nürnberger „Gastarbeiter“ gegen das Rotationsprinzip am 14. Januar 1973, Foto: Bernd Jürgen Fischer



Ottmar Jäger (3. v.r.) mit aktiven und ehemaligen Beiräten: Andja Skojo, Radovan Petrovic, Ljubo Dabovic, Costas Charissis und Ali Bencibara bei einer Veranstaltung 2007, Foto: Friedrich Popp

nen Gottesdienst veranstaltete unter dem provokant fragenden Titel „Gäste arbeiten!“ Im Arbeitskreis „Gastarbeiter–Mitbürger“, der bald gegründet wurde, bündelten sich dann erste Initiativen, die Beispiele gaben für weitere. Bei seinen Treffen im CPH wurden Aktivitäten und praktische Hilfestellungen besprochen: Zu den wichtigsten gehörte die Organisation einer schulischen Hausaufgabenbetreuung für ausländische Kinder; aber es wurden auch spanische und türkische Krankenhauspatienten mit Zeitungen aus ihrer Heimat versorgt.

In Archivaufnahmen sehen wir bei den Sitzungen des Arbeitskreises Vertreter der Bundesanstalt für Arbeit, der Parteien, des Elternverbandes und immer wieder die Sozialberater der Wohlfahrtsverbände, darunter Alpay Sakar und Cahit Turan von der AWO, Georgios Pappas für die Stadtmission.

Die Erkenntnis, dass dringend etwas getan werden musste, vertiefte sich auf zwei Tagungen, die der Arbeitskreis 1970 und 1972 im Nürnberger Kolpinghaus veranstaltete. Beide Male nahm die Kasseler Stadtverordnete Else Görgl als Referentin teil, die mit großem Engagement und Kenntnissen über die Situation in anderen Städten ein breites Fundament für die Diskussion legte. Und es wurde ein Forum geschaffen, in dem sich die „Gastarbeiter“ ungeschönt über ihre Erfahrungen und Erwartungen verständigen konnten. Die Tonbandmitschnitte von Ottmar Jäger hören sich heute an wie seismographische Ausschläge bevorstehender Veränderungen.

Zu Recht betont Ottmar Jäger, wie wichtig bei allem die Sozialberater waren (die Wohlfahrtsverbände hatten seit 1956 entlang religiöser und nationaler Kriterien eine muttersprachliche „Ausländersozialberatung“ aufgebaut), die diesen Arbeitskreis von Anfang an begleiteten und bei beiden Tagungen ausführlich zu Wort kamen. Mit ihren guten Sprachkenntnissen, die dringend für Übersetzungen gebraucht wurden, und ihren Erfahrungen aus den Beratungsstellen verliehen sie diesen Versammlungen Gewicht und Autorität.

Öffentlichkeit – ein Fundament wird gelegt

Auch ist bemerkenswert, wie erfolgreich der Arbeitskreis die Öffentlichkeit miteinbezog. Das ZDF berichtete, der BR mit Rundfunk und Fernsehen waren oft zur Stelle, ebenso die örtliche und überregionale Presse. Und Ottmar Jäger pflegte im Namen des Arbeits-

kreises einen regen Briefverkehr mit dem damaligen Oberbürgermeister Dr. Urschlechter, den Vertretern der Nürnberger Stadtratsparteien, den Schulämtern bis Ansbach, der Arbeitsverwaltung, die er allesamt – nicht nur auf diesen Tagungen – direkt in die Pflicht nahm. Vielleicht liegt hier sogar eine Nürnberger Tradition begründet, die Costas Charissis, einer der aktiven Gründungsväter des Ausländerbeirats (auch bekannt als Besitzer der Gostenhofener „Planungskneipe“) als sein späterer Pressesprecher zusammen mit anderen leidenschaftlich fortsetzte.

So wie wir sehen können, wird mit diesen Aktivitäten, Tagungen und Forderungen das konzeptionelle Fundament für den Ausländerbeirat gelegt, dessen Satzung der Nürnberger Stadtrat am 9. Mai 1973 einstimmig beschließt.

Sicherlich stand auch das Vorbild des Wiesbadener Ausländerbeirats Pate, des ersten in der Bundesrepublik, auf den sich die Nürnberger Jungsozialisten, wie Gebhard Schönfelder berichtet, bezogen. Für das Nürnberger Modell legte man die Urwahl fest, während in einigen anderen Städten die Mitglieder des Ausländerbeirates vom Stadtrat ernannt wurden. Da sich der Nürnberger Aufbruch zu einer gestaltenden kommunalen „Ausländerpolitik“ in einem breiten Konsens vollzog, titelte die Nürnberger Zeitung am 10. Mai 1973 euphorisch: „Nürnberg ist auf dem besten Weg zur ausländerfreundlichsten Stadt der Bundesrepublik zu avancieren.“ Und der Spiegel vom 4.6.1973 legte noch eins drauf, indem er unter der Überschrift „Gastarbeiter gegen die Leine“ sogar von einem „revolutionären Gremium“ sprach, was da aus der Taufe gehoben wurde.

Als erster Wahltermin wurde der 11. November 1973 festgelegt, bei dessen Vorbereitungen der Arbeitskreis seine Hilfe anbot. Unser Chronist Ottmar Jäger, damals noch Ingenieur bei MAN, sammelte Unterschriften in den Werkhallen und warb für Kandidaten. Dabei begegnete er dem Betriebselektriker und späteren Gründungsmitglied Ljubomir Dabovic, den er für die Liste der Jugoslawen gewinnen konnte.

Wie sehr der Arbeitskreis „Gastarbeiter–Mitbürger“ von einem bürgerschaftlichem Engagement ohne parteipolitisches Kalkül getragen war, zeigte sich in seiner stillen, unspektakulären Auflösung, nachdem der erste Ausländerbeirat gewählt war.

Wir bleiben! – Die Protestversammlung in der Rollnerstraße

Sicherlich wurde der Konsens des Stadtrates auch von der ersten Manifestation der damaligen „Gastarbeiter“ befördert. Cahit Turan, damals Sozialberater der AWO und Wegbegleiter des Ausländerbeirates von Anfang an, berichtet uns von einer Versammlung, die in der Turnhalle des Sportclubs Maxvorstadt 04, in der Rollnerstraße 99 stattfand. In einem Saal, in dem sonst die türkische Gemeinde zweimal im Jahr ihre Feiertagsgebete verrichtete, und auch türkische Ringer trainieren konnten – protestierten am 14. Januar 1973 über 5000 Menschen gegen die bayerischen Versuche, die Rotation per Ausweisungsbescheid durchzusetzen.

Die Bilder zeigen einen übervollen Saal, eine improvisierte Bühne für die Redner, auch viele Frauen sind zu erkennen. Auf Transparenten in der Halle ist zu lesen: „Wir sind Menschen“ und „Warum werden wir rausgeschmissen“. Cahit Turan, der diese Versammlung leitete (wir erkennen ihn an seiner Fliege!), erinnert sich an ein Großaufgebot örtlicher und überregionaler Presse, die Parteien schickten ihre Vertreter, selbst Bundestagsabgeordnete waren gekommen.

Für Unruhe und Empörung hatte die wachsende Zahl an Bescheiden des Ausländeramtes gesorgt, in denen allen die Aufenthaltsverlängerung versagt wurde, die länger als 5 Jahre in Deutschland waren. Es wurde die Ausreise binnen dreier Monate verlangt, mit der Begründung, dass Deutschland kein Einwanderungsland sei und daher der gewünschte „Daueraufenthalt die Beeinträchtigung staatlicher Belange“ bedeuten würde, was zu bestrafen sei!



Neujahrsempfang des Integrationsrates 2013 im Goldenen Rathausaal, Foto: Sevim Coskun

Das Ende des „Rotationskonzepts“ und der Anfang des Ausländerbeirats

Von den deutschen Teilnehmern machten sich für die Forderungen nach Rücknahme der Bescheide der Vizepräsident des bayerischen Landtags und Landesvorsitzender der Arbeiterwohlfahrt Bayern Bertold Kamm stark. Arno Hamburger, damals Pfleger des Einwohneramtes, verbürgte sich vor den Versammelten dafür, dass die Ausweisungen zurückgenommen werden.

Cahit Turan, der als Sozialberater und Dolmetscher der AWO 45 Klagen gegen die Ausweisungen in Ansbach zu vertreten hatte, berichtet uns, dass nach dem überwältigenden

Echo, das diese denkwürdige Versammlung ausgelöst hatte, alle Bescheide ohne Verfahren zurückgenommen wurden.

Eine Nürnberger Aktion mit bundesweiten Folgen, denn damit war das Ende des Rotationskonzepts besiegelt. Gebhard Schönfelder, der auch an dieser Versammlung teilgenommen hatte, bewertet heute dieses Datum als „Durchbruch“, der den Stadtrat drei Monate später zu seiner eher seltenen Einstimmigkeit hinsichtlich des Ausländerbeirates veranlasste.

So hatte eine soziale, emanzipatorische Bewegung, die klug und autonom sich für die eigenen Rechte stark machte, Stadtgeschichte geschrieben, mit anhaltender Wirkung.

Wie es weitergeht – eine Nachbemerkung

Doch die Geschichte des Ausländerbeirats nahm mit diesem Datum erst ihren Anfang. Viel größere Aufgaben standen noch bevor: Die Arbeitsfähigkeit war sicherzustellen und ein Selbstverständnis musste gefunden werden, das unabhängig von der Einflussnahme der Konsulate, politischer Gruppierungen oder nationaler Gruppen nur den Interessen der Zugewanderten verpflichtet war. Ein Geschäftsführer wurde gebraucht, die Reihe reichte ab 1979 von Brigitte Fischer-Brühl über Renato Mion bis Friedrich Popp heute, Räume und ein eigener Haushalt etc.

Eine spannende Geschichte, voller Bewegung und Dynamik, die mit der bemerkenswerten Verbindung des Ausländer- und Aussiedlerbeirats zum Integrationsrat im Jahr 2010 einen weiteren Markstein setzte – für die Gestaltung einer offenen, toleranten und multikulturellen Stadtgesellschaft.

Doch alles kann noch nicht verraten werden. Wer mehr erfahren will, sollte daher am 20. September zur Festveranstaltung zum 40. Jubiläum kommen, wenn wir unser Filmfeature vorstellen.

„Wege zur Partizipation – vom Ausländerbeirat zum Integrationsrat“ (Arbeitstitel)

Ein Film von:
Gülseren Suzan und Jochen Menzel

Näheres unter:
www.transfers-film.de/projekte

Aus der Arbeit des Integrationsrates 2012/2013

Diana Liberova

Ein Jahr vergeht sehr schnell und man merkt oft im Rückblick, dass es oft mehr Zeit braucht, um einige Veränderungen unserer Gesellschaft zu sehen. Und doch kann man auch an den Beschlüssen und den Aktionen eines solchen Gremiums wie des Integrations-

zwischen auch von der Stadt Nürnberg angeboten wird, eine wichtige Rolle (siehe Artikel auf S. 15).

Seit einigen Monaten versucht der Integrationsrat einen Qualifizierungslehrgang für

sog. Schlecker-Frauen zu Erzieherinnen auf die Idee eines Modellversuchs gekommen. Es verwunderte uns, dass wir seit Jahren um die Möglichkeiten einer Umschulung der aus dem Ausland nach Deutschland kommenden Pädagoginnen und Pädagogen kämpfen und auf einen Schlag für eine andere Gruppe das möglich ist, was den Zugewanderten immer noch verwehrt bleibt – eine schnelle und eher unkomplizierte Umschulung. An dieser Stelle wünscht sich der Integrationsrat noch mehr Offenheit und Kreativität auch für die Zugewanderten und freut sich, wenn wir – Politik und Verwaltung – gemeinsam einen Weg für diese Zielgruppe zu einer schnellen Nachqualifizierung finden. Das würde den Erzieher/innenbedarf decken und zu mehr interkultureller Öffnung beitragen.

Beratung für Existenzgründer mit Migrationshintergrund

Der Integrationsrat hat sich auch im Bereich Wirtschaft einige Verbesserungsvorschläge zu den Abläufen gerade im Bereich der Existenzgründung überlegt. Es hat sich nach dem Gespräch mit vielen Existenzgründungsberater/innen herausgestellt, dass oft noch sehr viele Informationen bei den Zugewanderten fehlen, um erfolgreich ein Unternehmen in Deutschland zu gründen. So hat der Integrationsrat einen Bericht des Wirtschaftsreferates erbeten, um der Frage nachzugehen, wie Menschen mit Migrationshintergrund auf die Beratungsangebote der Kammer und der Stadt hingewiesen werden. Der Integrationsrat hat dazu einige Verbesserungsvorschläge vorgelegt. Mit Spannung erwarten wir in den nächsten Monaten eine Diskussion darüber.

Des Weiteren beschäftigte den Integrationsrat in den ersten Monaten das Thema der interkulturellen Öffnung der Stadtverwaltung Nürnberg. Dieses Thema ist nicht neu, doch wir stellen immer wieder fest, dass der Prozess

zu langsam vorangeht. Allerdings geht es voran und wir sind guten Mutes und beobachten den Prozess ganz genau in der Diskussion mit der Politik und mit der Stadtverwaltung.

Es gibt noch weitere Themen, die den Integrationsrat immer wieder beschäftigen. Dazu gehört zum Beispiel der Schulerfolg von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund in Nürnberg. Leider müssen wir feststellen, dass sich zwar die Anzahl der Maßnahmen erhöht, diese jedoch noch nicht die gewünschten Wirkungen zeigen. So mussten trotz des Kurses Deutsch 240 immer noch sehr viele Deutschlernklassen in den Grundschulen gebildet werden und es schaffen noch zu wenige Kinder mit Migrationshintergrund den Übertritt ins Gymnasium oder die Realschule. Noch weniger schaffen es dann im zweiten Schritt, diese erfolgreich abzuschließen. Wie wir diesem Phänomen begegnen und der nachgewiesenen hohen Bildungsaspiration der Zugewanderten gerecht werden, muss noch gesucht werden.

Da Schulpolitik eine Aufgabe des Landes ist, bestehen leider auch nur geringe kommunale Handlungsspielräume. Aber eine Reform des bayerischen Schulsystems ist dringend geboten. Doch ohne geeignete Maßnahmen stellen wir die Zukunftsfähigkeit unseres Landes in Frage, denn es soll immer noch das Motto gelten „Kein Kind darf verloren gehen“.

Um nicht nur die Erfahrungen der offiziellen Stellen zu haben, sondern auch die Kinder und Jugendliche selbst zu hören, befragte der Integrationsrat in einer Aktion während der Bildungsmesse viele Schülerinnen und Schüler sowie deren Eltern. Es gab viele spannende Ergebnisse, und viele Erfahrungen des Integrationsrates wurden bestätigt. Einen genauen Bericht dazu können Sie auch in dieser Zeitung auf S. 3 lesen.

Fortsetzung Seite 7



Verleihung des Interkulturellen Preises 2012 an NIFA - Nürnberger Initiative für Afrika, v.l.n.r.: Diana Liberova, Dr. Abdoulaye Diallo und Bürgermeister Horst Förther, Foto: Sevim Coskun

rates einzelne politische Tendenzen erkennen. Denn auch wenn die meisten Probleme der Zugewanderten – wie die Forderung nach besserer Bildung, mehr Teilhabe – bereits seit vielen Jahren nicht befriedigend gelöst und Forderungen, wie das kommunale Wahlrecht oder die doppelte Staatsbürgerschaft für alle, nicht umgesetzt sind, gab es Ende 2012/Anfang 2013 einzelne, besonders prägende Schwerpunktthemen.

Die Anerkennung der im Ausland erworbenen Berufsabschlüsse war ein wichtiges Thema

Beginnen möchte ich damit, dass aufgrund der wirtschaftlichen Lage in Europa immer mehr Menschen eine sichere Zukunft in Deutschland suchen. Sie sollten wir auch daher als Bereicherung sehen. Doch oft werden sie vor Ort von der Realität überholt – sie kennen sich auf dem Arbeitsmarkt, im Schulsystem und in den gesetzlichen Bestimmungen nicht aus. Von der Gesellschaft werden sie „übersehen“ oder als „störend“ empfunden. Das veranlasste den Integrationsrat, sich in dem Jahr besonders mit diesen Gruppen von Zugewanderten zu beschäftigen. So fanden mehrere Gespräche mit den Vereinen der Bulgaren und Griechen in Nürnberg sowie zahlreichen anderen Organisationen statt.

Der Integrationsrat beschäftigte sich mit den Themen der sozialen Betreuung der Neuankommenden und mit Fragen der Beschulung von Kindern und Jugendlichen. Nicht zuletzt spielt auch in diesem Kontext die Frage der richtigen Beratung zur Anerkennung der im Ausland erworbenen Berufsabschlüsse, die in-

Erzieher/innen mit Migrationshintergrund anzustoßen, damit auch Zugewanderte mit pädagogischer Ausbildung im Heimatland eine Chance auf eine qualifizierte Arbeit in Deutschland bekommen. Der Integrationsrat ist bei der Diskussion um die Umschulung der



Diskussion zu „Visionen unseres Miteinanders“ bei der Auftaktveranstaltung der Interkulturellen Wochen 2012, v.l.n.r.: OBM Dr. Ulrich Maly, Diana Liberova und der Präsident des BAMF Dr. Manfred Schmidt, Foto: Sevim Coskun

Aus der Arbeit des Integrationsrates 2012/2013

Fortsetzung von Seite 6

Zum Glück wurde durch den Stadtrat die Stelle NEST (Nürnberger Elternbüro, Schulerfolg und Teilhabe) geschaffen und wir sind froh darüber, dass die langjährige Forderung des Integrationsrates nach den Elternlotsen in den Familiensprachen der Zugewanderten damit erfüllt wurde.

Doch nicht nur die junge Generation beschäftigte den Integrationsrat. Deswegen trafen wir uns mit den Vertreter/innen des Stadt-seniorenrats und haben einige gemeinsame Schwierigkeiten und Anliegen diskutiert. Daraus entwickelte sich eine Arbeitsgruppe, die demnächst einige Vorschläge für gemeinsame Projekte und Forderungen vorlegen wird.

Die Mehrsprachigkeit in der Gesellschaft sollte noch mehr wertgeschätzt werden

Auch in diesem Jahr war der Integrationsrat aktiv in die Vorbereitung der Nürnberger Integrationskonferenz eingebunden. Das Schwerpunktthema „Sprache und Mehrsprachigkeit“ beschäftigte uns in den letzten Monaten stark (siehe Artikel auf S. 2). So haben wir uns z.B. gefragt, ob ein vorhandener Akzent in der deutschen Sprache ein Hindernis sei, um eine gute Stelle zu bekommen oder wie die vorhandene Mehrsprachigkeit in der Gesellschaft noch mehr wertgeschätzt werden kann (vgl. Artikel S. 19). Einige Fragen konnten bei der Konferenz besprochen werden und andere blieben noch offen. Doch die Diskussion bringt uns weiter, denn dadurch schärfen wir die Wahrnehmung in der Gesellschaft und eröffnen somit neue Wege der Toleranz.

Damit komme ich zu einem weiteren wichtigen Bereich in der Arbeit des Integrationsrates im laufenden Jahr. Seit der Aufdeckung der NSU-Morde sucht der Integrationsrat die Gelegenheit, mit Menschen, die sich betroffen fühlen, ins Gespräch zu kommen. Nicht



Michele Scala betreibt das Glücksrad beim Stadtteilfest St. Leonhard/Schweinau, Foto: Sevim Coskun

zuletzt aus diesem Grund organisierte der Integrationsrat in Zusammenarbeit mit dem Menschenrechtsbüro eine Veranstaltung zum Auftakt der Prozesse (siehe Artikel auf S. 19).

Es hat sich bei dieser wieder gezeigt, wie viel Enttäuschung sich in den Menschen gesammelt hat und wie schwierig es wohl sein wird, wieder Vertrauen in das System herzustellen. Wir werden immer wieder versuchen, den

Menschen Mut zuzusprechen, sich bei Diskriminierung zu wehren und die staatlichen Stellen einzuschalten.

Wir freuen uns auch, dass das Projekt zur Ausbildung von Mediatoren/innen (siehe www.miteinander-projekt.de) erfolgreich war, das die AWO in Kooperation mit dem Integrationsrat und dem Menschenrechtsbüros und mit finanzieller Unterstützung des Bundes-

programms „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ durchführte. Im Juni beendeten 16 Mediatorinnen und Mediatoren ihre Ausbildung, sie stehen nun als Vermittler/innen bei Problemen in der Nachbarschaft oder im Stadtteil zur Verfügung. Zwei Drittel der ausgebildeten Mediatoren/innen haben selbst eine Migrationsgeschichte und können auch in verschiedenen Sprachen vermitteln (weitere Infos dazu siehe S. 20).



Der 2012 neu gewählte Vorstand mit dem OBM und zwei Sachverständigen, v.r.n.l.: Andja Skojo, Antonio Fernandez, Cooper Thompson, Horst Göbbel, Angela Hauk, Dimitrios Krikelis, Diana Liberova, Dr. Ulrich Maly, Ilhan Postaloglu, Lemia Yiyit, Prof. Dr. Gabriele Pommerin, Prof. Dr. Horst Unbehaun, Foto: Sevim Coskun

Der Beschluss des Bundesverfassungsgerichtes zur finanziellen Situation der Flüchtlinge hat uns sehr gefreut. Auch für die schnelle Umsetzung in der Stadt Nürnberg sind wir dankbar. Erfreut sind wir auch über das Pilotprojekt, Flüchtlingen Geld statt Essenspakete zu geben. Politische Forderungen können auch zu Erfolgen führen. Die Einrichtung einer Asylthek in Gostenhof – einer Bibliothek im Asylbewerberwohnheim – zeigt, dass man mit kreativen Ideen und engagierten Menschen vieles erreichen kann. Noch nicht genug konnten wir bei der allgemeinen Situation der Asylsuchenden bzw. Flüchtlinge erreichen und werden weiterhin auf allen uns bekannten Wegen für bessere Lebensbedingungen der Asylbewerber/innen und Geduldeten in Nürnberg eintreten. Zumindest werden wir das Flüchtlingsprojekt BLEIB bis Ende des Jahres weiter durchführen (siehe S. 19).

In diesem Jahr stellte sich der Integrationsrat ein weiteres Ziel, nämlich mit möglichst vielen Menschen und Institutionen – vor allem den Zuwandererorganisationen – ins Gespräch zu kommen, um möglichst viele Anliegen der Menschen direkt aus den Gesprächen mitzunehmen. Wir hoffen, dass es uns gelingt, dass wir weiterhin unsere Forderungen an den Problemen und Sorgen der Menschen orientieren und gute Wege vorschlagen, welche von der Stadt Nürnberg unterstützt werden.

Bulgaren und Rumänen integrieren sich in Nürnberg

Izabela Bajalska

„Obacht! Ab 2014 kommen die Rumänen und Bulgaren nach Deutschland!“ – so scheint die allgemeine Stimmung gegenüber der in 2014 anstehenden Öffnung des deutschen Arbeitsmarktes für Rumänien und Bulgarien zu sein. Viele Medien und Politiker warnen mit „ernüchternder“ Besorgnis, mehr oder weniger explizit vor etwaigen negativen Folgen der südöstlichen EU-Erweiterung, wie beispielsweise überfluteten Großstädten und Armutseinwanderern. Ist dies tatsächlich ein realistisches Bild der Situation dieser Einwanderungsgruppen? Welche Integrationserfahrungen haben die Rumänen und Bulgaren in Nürnberg?

Nürnberg ist eine Stadt der kulturellen Vielfalt. Die Anzahl der ausländischen Gesamtbevölkerung steigt von Jahr zu Jahr an und es kann davon ausgegangen werden, dass zwei von fünf Nürnbergern einen Migrationshintergrund haben. Die boomende Wirtschaft Bayerns und darunter auch der Metropolregion Nürnberg wirkt als Magnet nicht nur für Saisonarbeiter, sondern auch für langfristige Zuwanderer aus aller Welt. Neuerdings insbesondere für Rumänen und Bulgaren, die seit dem EU-Beitritt ihrer Länder im Jahr 2007 und vor dem Hintergrund der damit verbundenen Freizügigkeit immer mehr nach Deutschland einwandern. Die Statistik vom Anfang dieses Jahres berichtet von insgesamt etwa 4700 Rumänen und 2120 Bulgaren, die eine neue Bleibe in Nürnberg gefunden haben. Das heißt, dass sich die Anzahl der Bürger aus diesen Ländern in den letzten drei bis vier Jahren mehr als verdoppelt hat (2009 wohnten 2361 Rumänen und 874 Bulgaren in Nürnberg).

Das große Wohlstandsgefälle zwischen den Lebensstandards der Bürger aus den neuen und aus den alten, wirtschaftlich höher entwickelten EU-Staaten bleibt weiter bestehen und treibt viele Menschen dazu, die Hoffnung auf bessere Lebenschancen außerhalb der Heimat zu suchen. Bei manchen von ihnen ist die Auswanderung mit Not verbunden. Vor allem bulgarische und rumänische Sinti und Roma sind eine Bevölkerungsgruppe, die häufig wegen ihres Elends im Heimatland in das europäische Ausland saisonal oder längerfristig auswandert. In diesem Zusammenhang alarmieren manche Medien und Politiker vor einer Armutseinwanderung, die das deutsche Sozialsystem belasten würde. Die Anzahl an Bedürftigen aus diesen Ländern steigt zwar an, wie sich konkret in Nürnberg aus einigen Berichten der Wärmestuben und Notschlafstellen feststellen lässt, in denen immer mehr Besucher aus diesen Ländern eine Unterkunft finden. Doch ist laut Statistik und Experten die negativ gefärbte Diskussion hinsichtlich der Armutseinwanderung ein Stück weit Panikmache.

Nach einigen statistischen Angaben liegt die Arbeitslosenquote bei Bulgaren und Rumänen deutschlandweit unter zehn Prozent und ist somit eine der niedrigsten unter der ausländischen Bevölkerung. Außerdem beziehen nur 8,5% der Menschen dieser Bevölkerungsgruppen Hartz IV Sozialleistungen – ein Wert, der knapp über dem Durchschnitt der Gesamtbevölkerung liegt. Daher wäre es, anstatt der Befürchtung vor einer Belastung des Sozialsystems, eigentlich naheliegender zu behaupten, dass die bulgarischen und rumänischen

Fachkräfte von Vorteil für die Wirtschaft und Gesellschaft sind, da sie Mängel am Arbeitsmarkt decken.

Wie es meistens der Fall ist, liegt die Wahrheit irgendwo zwischen zwei Extremen. Somit ist die Situation der Einwanderer aus Bulgarien und Rumänien weder rosig noch schwarz. In der Realität kommen nicht nur „die Ärmsten der Armen“ – wie es oft behauptet wird – sondern überwiegend Studenten und (hoch-)qualifizierte Arbeitskräfte, die sich sehr gut in den Arbeitsmarkt und in die Gesellschaft integrieren können. Leider kommt aber die Vielfältigkeit der Profile der Menschen aus diesen Einwanderungsgruppen in den Medien trotzdem nie genug zum Ausdruck.

Qualifizierte Fachkräfte aus Rumänien und Bulgarien

Selten wird beispielsweise über die Probleme berichtet, mit denen Fachkräfte oder Bulgaren und Rumänen in Ausbildung konfrontiert sind. Trotz des in Deutschland oft verkündeten Fachkräftemangels in bestimmten Berufsfeldern, sind Fachkräfte aus diesen Ländern in Deutschland mit einem teuren und lang-

„Die Integration von Bulgaren, v.a. von Hochqualifizierten, wurde meistens dadurch erschwert, dass ihre in der Heimat erworbene Ausbildung in Deutschland oft nicht anerkannt wird oder dies mit einem riesigen Aufwand verbunden ist, was eine Neuqualifizierung an deutschen Hochschulen oder auch eine den Qualifikationen nicht entsprechende Arbeit zu einer attraktiveren Option macht“, kommentiert Frau Dorowska-Popowa, Vorsitzende des bulgarischen Vereins „Zlaten Vek“ („Goldenes Zeitalter“).

Herr Berthold Staicu, Vorsitzender der rumänischen Kulturplattform „Asii Romani“ („Rumänische Asse“) in Nürnberg und Mitglied des Bayerischen Integrationsrates, findet mit Bezug auf diese Problematik die Integrationskurse als ein sehr hilfreiches Integrationsmittel und stellt sich vor, dass sie vielleicht noch wirksamer wären, wenn man sie an die Qualifikation der Personen anpassen würde, um diese besser über ihre Möglichkeiten im Berufsleben in Deutschland aufzuklären und sie effektiver in den Arbeitsmarkt einzubinden. Dies gilt nicht nur für Akademiker, sondern auch allgemein für qualifizierte Fachkräfte,

Über die Integration und die bulgarischen und rumänischen Vereine in Nürnberg

Der Begriff der Integration beinhaltet eine Forderung nach aktiver Einbindung in die Gesellschaft, die nur durch den Abbau von Vorurteilen und intensive Kommunikation und Zusammenarbeit vollbracht werden kann. Dies haben die bulgarischen und rumänischen Vereine in Nürnberg als Leitprinzip übernommen. So setzt sich die rumänische Kulturplattform „Asii Romani“ e.V. seit 2009 für die Förderung der rumänischen Kultur und den Austausch zwischen Rumänen und Deutschen in Nürnberg ein. Dank des ehrenamtlichen Engagements ihrer Mitglieder und den Vorsitzenden, Herr Berthold Staicu und Frau Ionela Van Rees-Zota, betreibt sie viele Projekte, wie z.B. eine eigene Presseagentur, auf die die deutschlandweit erscheinende rumänische Zeitung „Vocea Ta“ („Deine Stimme“), die rumänische Bibliothek „Ion Minulescu“ sowie das Radio „R“ zurückzuführen sind. Darüber hinaus steht dieses Jahr auch die Eröffnung eines Rumänisch-Deutschen Instituts im Auftrag der rumänischen Regierung mit einem vielfältigen kulturellen Angebot



Vertreter der rumänischen Vereine beim Neujahrsempfang des Integrationsrates (v.l.n.r.): Ionela van Rees-Zota, Berthold Staicu mit Viktoria Dinges vom Integrationsrat, Foto: Friedrich Popp

wierigen Prozess im bürokratischen Labyrinth konfrontiert, bis ihnen die im Heimatland erworbenen Qualifikationen (wenn überhaupt) anerkannt werden. Dies zwingt viele von ihnen, Jobs nachzugehen, die ihren Qualifikationen nicht entsprechen.

Dies ist auch bei zwei meiner Interviewpartnerinnen, Frau Ionela van Rees-Zota, Juristin und Journalistin aus Rumänien und Frau Tanja Dorowska-Popowa, Sozialpädagogin aus Bulgarien der Fall gewesen. Beide haben einen Hochschulabschluss in ihren Heimatländern erworben, der in Deutschland nicht anerkannt worden ist, und mussten daher in der ersten Zeit andere, ihren Qualifikationen ungeeignete Berufe ausüben. Um in ihrem Berufsfeld wieder arbeiten zu können, mussten sie sich in Deutschland komplett neu qualifizieren. Dies ist jedoch für viele ihrer Landesleute nur schwer realisierbar.

die u.a. aufgrund ungenügender Informationen über die Arbeitsbedingungen in Deutschland manchmal mit falschen Vorstellungen kommen und dadurch in prekäre Situationen geraten können.

In diese Richtung gehen auch einige Initiativen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) zur Verbesserung der Integration von Zuwanderern in Deutschland durch die Forderung nach der Entwicklung einer Willkommenskultur bei den Behörden. Unter anderem sind im Rahmen dieser Initiativen die Eröffnung von Beratungsstellen auch in den Herkunftsländern, die über die Arbeits- und Lebensbedingungen in Deutschland aufklären sollen, einem Einsatz von Migrantensorganisationen als „Türöffner“ zur Migrationsberatung in Deutschland sowie die interkulturelle Öffnung der Behörden vorgesehen.

sowie in der Form einer Beratungsstelle für rumänische Zuwanderer in Integrationsangelegenheiten bevor.

Herr Staicu und Frau Van Rees-Zota erachten die Kommunikation sowohl innerhalb der rumänischen Gemeinschaft, als auch mit Deutschen und mit anderen Menschen unabhängig von ihrer Herkunft als ein grundlegendes Mittel für die Integration der Rumänen in die Gesellschaft. „Integration heißt nicht, die eigenen Wurzeln zu vergessen, sondern die Sprache, die Regeln und die Kultur des neuen Landes zu erlernen, sie zu respektieren und zu akzeptieren“, meint Frau van Rees – Zota. Herr Staicu weist darauf hin, dass die Integration nur dann gelingen könne, wenn man sich offen zeige und den anderen eine Möglichkeit gebe, sich kennenzulernen.

Fortsetzung Seite 9 unten

Fremde

Michele Scala (mit Koautor Norbert Städtler)

Ich bin immer noch Italiener, obwohl ich jetzt schon über 40 Jahre in Nürnberg lebe und mich hier wohlfühle. Ich bin selbstverständlich Nürnberger! Wenn Gäste kommen, dann zeige ich ihnen „meine“ wunderschöne Stadt und ihre herrliche Umgebung. Ich habe meine Schwammerlplätze im Reichswald und genieße das gute fränkische Bier. Als Mitglied des Integrationsrats kenne ich Menschen aus vielen Nationen, habe viel Freunde unter ihnen gefunden und meine deutschen Nachbarn stehen mir sehr nahe, wie mein Freund Norbert, mit dem ich diese Überlegungen zu Papier bringe. Ich könnte behaupten, dass ich voll integriert bin, kaum jemand fragt mich noch danach, woher ich komme. Der aufmerksame Zuhörer merkt sowieso schnell, wo mein „zeitloser“ Diskussionsbeitrag seinen Ursprung hat. Trotz allem habe ich meinen italienischen Pass behalten und in dem steht unter der Rubrik Nationalität: Italiener! Deshalb juble ich, wenn Italien gegen Deutschland gewinnt und juble ebenso, wenn deutsche Sportler siegen, es muss ja nicht gerade gegen einen „Azzurri“ sein. Ich bin in Neapel geboren und der Pass ist eine der Wurzeln, die immer noch tief im vulkanischen Boden unterhalb des Vesuvus stecken, wie die Erinnerung an die Kindheit, an die Eltern und an die Traditionen. Viel mehr habe ich nicht nach Deutschland mitgebracht, deshalb bin ich um so dankbarer, dass mir meine „zweite Heimat“ die Chance gegeben hat, hier für mich und meine Familie eine solide Existenz aufzubauen. Es war nicht einfach damals, in den ersten Jahren, als „Katzmacher“ und „Spaghettifresser“ Fuß zu fassen. Immer mal wieder gab es auch handgreifliche Auseinandersetzungen mit den Einheimischen. Mein Freund Norbert wirft ein, dass es ihm nicht anders ergangen sei, obwohl er, als Sohn eines Bayern, den der Krieg an die Nordsee verschlagen hatte, eigentlich ein „Einheimischer“ sei. Aber selbst im Alter hört man den „sspitzen Sstein“ seines norddeutschen Dialektes heraus und so wurde er lange als „Preiß“ verschrien. Auch mit denen gingen Bayern und Franken nicht zimperlich um. „Heit auf'd Nacht, wer'n Preiß'n g'schlacht“, sangen die gegnerischen Fans, wenn er auf dem Sportplatz auflief. Wir beide sind längst „eingemeindet“. Heute

freuen sich die Franken, wenn er seine „Shanties“ singt und mich betrachtet man auch nur noch mit verzerrtem Gesicht, wenn ich meinen selbstangebauten, staubtrockenen „Fintelwiesen-Chianti“ anbiete. Allerdings nur solange, bis man ihn gewohnt ist. Was ich damit sagen will, was wir sagen wollen: Integration braucht Zeit. Niemand kann seine Wurzeln radikal ausreißen, auch die „Eingeborenen“ nicht, in denen eine unterschwellige Angst vor Überfremdung schlummert. Das Fremde wirkt dann besonders fremd, wenn es durch Äußerlichkeiten noch deutlicher wird, wenn



Sevim Coskun, Jean-Pierre Muteba, Mario di Santo und Michele Scala am Stand des Integrationsrates beim Siedstadtfest 2012, Foto: Friedrich Popp

die Religion Kleiderordnungen vorschreibt, die so gar nicht in die Sandsteinmauern ihrer Heimat zu passen scheinen. Verstärkt wird der „fremde“ Eindruck noch, wenn sich diese Mitbürger „wie in eine Wagenburg“ zurückziehen. Sie fühlen sich dort sicherer, weil der Nachbar im Viertel die gleiche Sprache spricht, in die gleiche Moschee geht. Was für sie Schutz ist, das ist für skrupellose Populisten der Ansatzpunkt zur Ausgrenzung. Sie fördern die latent vorhandene Unsicherheit der deutschen Nachbarn und wecken die schlummernden Überfremdungsängste. Besonders gefährlich sind jene, die ihre „Nation“ schützen wollen und sich einen Tempel aus einfachen Antworten bauen. Sie predigen den Ausländerhass, der durch nichts gerecht-

fertigt ist. Die vernünftigsten Gegenargumente prallen an ihnen, wie an einer Betonwand, ab. Sie sind gewappnet, perfekt geschult. Was ihnen argumentativ gefährlich werden könnte, das beantworten sie mit Gegenfragen, die mit angeblich „statistischen“ Wahrheiten gespickt sind.

Dabei ist deren Nation nicht die Nation aller ihrer deutschen Mitbürger. Für die Fundamentalisten wird die Verteidigung dieser „Nation“ zu einer Ersatzreligion, deren Götter sie sich aus dem Moder der Geschichte holen. Auch wer als Deutscher nicht ihrer Meinung

ist, der die Genialität eines Alexander des Großen „feiert“, der den Gordischen Knoten einfach mit dem Schwert zerschlug, dem müssen wir beweisen, dass diese „gewaltige Idee“, zu den einfachsten Antworten gehört, zu der selbst ein Kind fähig ist, das die Spielsteine vor der drohenden Niederlage vom Tisch fegt. Die Jahreszahlen der Gewalt durchziehen die Geschichte, wo auch immer auf der Welt, denn Abgrenzung und Fremdenhass gab und gibt es nicht nur in Deutschland.

Wir brauchen eine Bildung, die ein respektvolles Miteinander möglich macht. „Gebildet“ sind ja auch viele Ultrarechte und Deutschnationale, nicht wenige Akademiker unterstützen verdeckt die Aktivitäten des radikalen Fußvolks.

Wir können den Gordischen Knoten nur mühsam Stück für Stück auflösen und beweisen, wie viele wertvolle Menschen hinter der anderen Hautfarbe, unter dem ungewohnten Kopftuch stecken.

Wer dieses schöne Land aus der grauen Nachkriegszeit kennt, der weiß, wie es sich positiv entwickelt hat, daran haben sie alle mitgewirkt, die fleißigen Deutschen und die vielen ebenso fleißigen „Gastarbeiter“.

Ich wünsche mir, dass wir diejenigen, die wir die Radikalen nennen, zur „Verteidigung der Nation“ an den Hindukusch oder nach Burkina Faso schicken, wo sie, allerdings ohne Waffen, humanistisch geschult, mit vollem Einsatz dafür sorgen, dass die Menschen dort ihr Auskommen hätten.

Unsere Welt ist so klein geworden, dass uns selbst die viel beschworene Europäische Gemeinschaft klein erscheinen muss. Wenn früher in China ein Sack Reis umfiel, dann „juckte“ das niemanden, heute wackeln die Wände der Fabriken; wenn unserer Wirtschaft die Spezialisten fehlen, dann holen wir sie aus Indien; wenn ein Graf Faber-Castell eine Türkin heiratet, dann ist das heute selbstverständlich. Geld hat auch noch nie vor nationalen Grenzen halt gemacht.

Lassen wir uns also nicht von den einseitigen Parolen der uneinsichtigen Fanatiker auseinanderdividieren, demonstrieren wir Gemeinsamkeit mit den vielen deutschen Nachbarn, die uns wohlgesonnen sind und genauso erschüttert von den Wahnsinnstaten fehlgeleiteter Extremisten. Zeigen wir den Radikalen die große, bunte Vielfalt unseres Miteinanders, zeigen wir ihnen, wie wenige sie eigentlich sind.

Fortsetzung von Seite 8

Man müsse in diesem Sinne einen Mittelweg durch Kommunikation mit den anderen finden und gerade dies ist die Mission von „Asii Romani“ und den anderen in Nürnberg tätigen rumänischen Kulturvereinen „Romanima“ e.V. und „Un Alter Ego“ e.V. Diese Vereine leisten eine sehr gute Arbeit im Sinne der Stärkung des Zusammenhaltes der rumänischen Gemeinschaft und der Förderung der rumänischen Kultur in der Metropolregion. Ein sehr wertvolles Ergebnis dieser Arbeit sind u.a. die zahlreichen kulturellen Veranstaltungen wie zum Beispiel das „Rumänien-Fest“ am Jakobsplatz, organisiert vom Verein „Romanima“ und seiner Vorsitzenden, Frau Doina Dolbea, die sich auch um die Betreuung des Weihnachtsmarktsstandes der mit Nürnberg befreundeten Stadt Brasov (Kronstadt) kümmert. Neben den Aktivitäten der Vereine, besteht im Rahmen von Radio Z auch die deutsch-rumänische Redaktion „Luceafarul“, die schon seit fünfzehn Jahren eine eigene zweisprachige Sendung auf ihre Funkfrequenzen über-

trägt und ein echtes Sprachrohr der rumänischen Gemeinschaft im Großraum Nürnberg darstellt. Luceafarul bietet ein inhaltsreiches Programm mit rumänischer Musik, Nachrichten, interessanten Rubriken und Interviews sowie Informationen über anstehende kulturelle Veranstaltungen in der Region an. Somit geben jeden Montag von 18 bis 20 Uhr Alexandru Schäfer-Girleanu (einer der Gründer von Luceafarul), Alina Arbajter und Sabine Eisenbürger den Rumänen aus der Region eine Möglichkeit, ein Stückchen Heimat zu spüren, und der ganzen Öffentlichkeit Rumänien jenseits der Clichés kennenzulernen. Außerdem hat die rumänische Gemeinschaft in Nürnberg eine eigene Kirchengemeinde – die Rumänische Orthodoxe Metropolie für Deutschland, Zentral- und Nordeuropa mit ihrem Sitz in der Fürther Straße 166 und unter der Führung seiner Eminenz Metropolit Dr. Serafim Joanta. Auch für die Bulgaren in Nürnberg, Fürth und Erlangen wurden durch die Bulgarische Orthodoxe Kirchengemeinde „Hl. Theodosi-

us von Trnowo“ und ihren Vertreter, Priester Jordan Pashev, in Altenfurth und Heroldsberg Gottesdienste auf Bulgarisch organisiert. Die Organisation kultureller Aktivitäten der bulgarischen Gemeinschaft in Nürnberg übernimmt der bulgarische Verein „Zlaten Vek“ e.V. Zusammen mit der Tanzgruppe „Samodivi“ organisiert der Verein unterschiedliche kulturelle Veranstaltungen zu bulgarischen Nationalfeiertagen, wie z.B. Volkstanzauftritte, Auftritte bulgarischer Musiker und Künstler und unterschiedliche Workshops, die auf die Förderung der bulgarischen Kultur in Nürnberg abzielen. Außerdem besteht im Rahmen des Vereins auch eine bulgarische Schule für Kinder sowie Sprachkurse für Erwachsene. „Zlaten Vek“ e.V. existiert seit 2005 und war bis 2011 als Studentenverein tätig. Im März 2011 hatte man die Idee, einen Kulturverein zu gründen, und seitdem ist „Zlaten Vek“ von einem Studenten- zu einem Kulturverein umgewandelt worden. Die Vermittlung der eigenen Kultur heißt Öffnung dieser Gemeinschaft und stellt einen

Versuch dar, mit der deutschen Gesellschaft zu kommunizieren, anstatt in ihr gesichtslos zu verschmelzen. „Jeder soll für seine eigene Identität eintreten, realistisch und gleichzeitig offen für alle Menschen sein und starke Kommunikationsfähigkeiten entwickeln, denn Kommunikation ist sehr wichtig, um gegen Vorurteile zu kämpfen und um in allen Aspekten des Lebens voranzukommen. Die Tatsache, dass viele Deutsche wenig über Bulgarien wissen und deshalb auch Vorurteile haben, soll Bulgaren nicht demütigen, sondern motivieren, auf sie zuzugehen und sich selbst vorzustellen. Denn jeder ist ein Vertreter der eigenen Kultur und des eigenen Landes“, meint Frau Dorowska-Popowa. „Kultur verbindet und deshalb steht sie im Fokus der Tätigkeit von ‚Zlaten Vek‘“, unterstreicht Herr Ivanov, Vorstandsmitglied des Vereins. Die gemeinsame kulturelle Grundlage sei auch die treibende Kraft hinter der Vernetzung der bulgarischen Gemeinschaft in der Stadt, auf die der Verein ebenfalls hohen Wert legt.

Inklusion statt Integration?

Horst Göbbel

„Integration? Der Begriff ist doch überholt! Ich kann das Geschwafel von ‚Integration‘ nicht mehr hören! Ich hoffe, wir brauchen diesen Begriff nicht mehr. Statt uns weiterzuhelfen, bremst der Begriff einen notwendigen Prozess.“
Starker Tobak!

Hat der Begriff Integration wirklich ausgedient?

In Deutschland gibt es keine allgemeingültige und anerkannte Definition für Integration. Dies ist natürlich ein zentrales Problem auch in der deutschen Integrationspolitik und führt oft zu heftigen, oft unsachlichen Debatten in der Öffentlichkeit. Dabei hat scheinbar fast jeder, der sich in der Integrationsdebatte zu Wort meldet, irgendwo und irgendwie Recht. Besonders kontrovers, emotional und hitzig verläuft sie zur Zeit.

Der Begriff „Integration“, meinen inzwischen mehr und mehr „Experten“, sei falsch, weil er bedeute, Deutsche würden einseitig erwarten, die Zugewanderten müssten sich hier einfügen, hier eingewöhnen. Uns Zugewanderten würde eine Art Bringschuld auferlegt. Uns hier integrieren würde bedeuten, wir seien diejenigen, wir seien die einzigen, die sich verändern müssen, die sich hier anpassen müssen, die hier sozusagen eine Leistung erbringen müssen, um als gleichwertig anerkannt werden zu können. In letzter Konsequenz würde dies jedoch das Abstreifen jeder eigenen Identität und das Annehmen einer „deutschen“ Wesensart bedeuten, also deutlich gesagt: Assimilation. Und wer will schon Assimilation?

Aus meiner Sicht gibt es bei dieser Argumentation einige schwerwiegende Schwachstellen: Zunächst gibt es in Deutschland schon lange keine einheitliche „deutsche Gesellschaft“ in die man sich einfügen könnte/sollte/müsste. Die Gesellschaft in Deutschland hat sich grundlegend gewandelt: Sie stellt längst eine unermessliche Vielfalt von sehr verschiedenen kulturell geprägten Einzelmenschen und Menschengruppen dar. Es wäre de facto absurd, jetzt jemandem vorzuschreiben, was er alles tun müsste, um hier ein erfolgreich integrierter Bürger zu werden. Die Landessprache Deutsch zu lernen (zugleich die eigene Muttersprache zu pflegen!), sehe ich als sehr wichtig an. Die Anerkennung der hiesigen demokratischen Rechtsordnung, die auf der Gewährung von allgemein gültigen Menschenrechten beruht, ist aus meiner Sicht natürlich der Rahmen, in den ich mich als Zugewanderte begeben und mich ihm auch unterordnen muss. Aber dieser gesellschaftspolitische Rahmen ist ja nicht typisch deutsch, er ist zumindest gesamteuropäisches Gemeingut, dieser sozio-politische Rahmen macht auch in Deutschland die Grundlage des heutigen Zusammenlebens von Menschen aus. Innerhalb dieses Rahmens ist Pluralismus, ist Vielfalt, auch sozio-kulturelle Vielfalt, völlig normal und gewünscht. Wir, die Zugewanderten, prägen längst diese deutsche Gesellschaft mit, wir sind längst integraler Teil dieser Gesellschaft, unser Gewicht wächst kontinuierlich und schon allein deswegen kann doch kaum, wenn es um Integration geht, von einem einseitigen Sich-Einfügen in eine „deutsche“ Gesellschaft die Rede sein.

Hier müssen wir ansetzen: Nicht den Begriff „Integration“ ablehnen, sondern ihn mit diesem wesentlichen Aspekt der beidseitigen Notwendigkeit der jeweils eigenen Veränderung erweitern. Die Mehrheitsbevölkerung muss die neuen Realitäten der Vielfalt unserer Gesellschaft erkennen und anerkennen. Auch sie muss erkennen, dass es keineswegs eine kompakte Gruppe von Zugewanderten und eine ebensolche fest gefügte Gruppe der aufnehmenden Gesellschaft gibt. Eine solche Vorstellung betont nur das Trennende zwischen den Kulturen statt das Verbindende und wirkt somit desintegrierend. Die Mehrheitsbevölkerung muss auch um ihrer eigenen Zukunft Willen mit in das Integrationsboot geholt werden und die Institutionen der Gesellschaft müssen sich verändern. Dieser grundlegenden Perspektivwechsel ist dringend nötig. Integration ist aus unserer Sicht nicht durchgesetzte Homogenisierung, sondern ausgehaltene Unterschiedlichkeit.

Was verstehe ich unter Integration?

Integration beschreibt einen dynamischen, lange andauernden und sehr differenzierten

von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte besteht aus Annäherung, gegenseitiger Auseinandersetzung, aus Kommunikation, aus Finden von Gemeinsamkeiten, Feststellen von Unterschieden und der Übernahme gemeinschaftlicher Verantwortung zwischen Zugewanderten und der anwesenden Mehrheitsbevölkerung. **Integration bedeutet also, bereit zu sein, sich zu verändern. Das gilt für Zugewanderte und Einheimische gleichermaßen.**

Der Integrationsprozess in Deutschland ist eine Gemeinschaftsaufgabe von Einzelpersonen, von verschiedensten Organisationen, von staatlichen Stellen. Wenn ich daran denke, dass unser Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly schon 2002 nach seiner ersten Wahl zum städtischen Oberhaupt das Thema Integration zur Chefsache erklärte, dass in Nürnberg 1973 der Ausländerbeirat und 1984 der Aussiedlerbeirat gegründet wurden und diese seit 2010 im Integrationsrat vereint aktiv sind, dann – meine ich – befinden wir uns auf dem Erfolgsweg.

Erfolgreiche Integration setzt für beide Seiten den Erwerb von bestimmten Kenntnissen, Fähigkeiten, Einstellungen und v.a. den Willen, eine weitgehende Neu-Sozialisation und Neuorganisation der Persönlichkeit einzugehen, voraus. Zentral ist hier das Erlernen der neuen Sprache und eine gewisse Kommunikationsfähigkeit und -bereitschaft gegenüber der Aufnahmegesellschaft. Gleichrangig erwartet

Lösung Inklusion?

Kurz erläutert, bedeutet „Inklusion“, dass jeder Mensch die Möglichkeit erhält, sich vollständig und gleichberechtigt an allen gesellschaftlichen Prozessen zu beteiligen – und zwar von Anfang an und unabhängig von individuellen Fähigkeiten, ethnischer wie sozialer Herkunft, Geschlecht oder Alter. Hört sich prima an.

„Inklusion“, heißt es in entsprechenden Wörterbüchern, „bezeichnet einen Zustand der (selbstverständlichen) Zugehörigkeit aller Menschen zur Gesellschaft, verbunden mit der Möglichkeit zur uneingeschränkten Teilhabe in allen Bereichen dieser Gesellschaft. Das Konzept der Inklusion wendet sich damit gegen die Diskriminierung oder das „an den Rand drängen“ (Marginalisierung) von Menschen aufgrund zuschreibbarer Merkmale wie z.B. religiöse und weltanschauliche Überzeugungen, Geschlecht, Sozillage, Alter, kulturelle Hintergründe, Hautfarbe, sexuelle Orientierung und körperliche oder geistige Behinderungen. Verschiedenheit wird als positiver Bestandteil von Normalität betrachtet.“

Konkret: Zugewanderte, Nichtzugewanderte, Körperbehinderte, Nichtkörperbehinderte, besonders Begabte und Menschen mit Defiziten, alle, alle gehören zur gleichen Kategorie und werden gleich behandelt? Oder doch unterschiedlich? Für mich ist Inklusion eher eine Zustandsbeschreibung und Wunschvorstellung, während Integration etwas Dynamisches



Eftichios Kalenteridis, Horst Göbbel, Lemia Yiyit, Maria Gorelova, Elena Grabel und Vera Davidova (v.l.n.r.) in einer Sitzung des Integrationsrates 2013 im Rathaus, Foto: Friedrich Popp

Prozess des Zusammenfügens und Zusammenwachsens. So hielt es auch der Integrationsrat 2010 fest (siehe auch www.integrationsrat.nuernberg.de). Integration ist eine Einigung auf gemeinsame Werte und Normen, die in unserer vielfältigen demokratischen Gesellschaft gelebt werden. Integration ist keine Assimilation – Integration strebt eine Gleichstellung mit den Einheimischen an, ohne dass die Menschen mit Migrationsgeschichte ihre eigene kulturelle Identität aufgeben müssen. Gelungene Integration setzt Partizipation in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens voraus. Zur Integration gehört, Vielfalt als Bereicherung zu begreifen. Integrationspolitik soll nicht nur Defizite ausgleichen, sondern in erster Linie die Ressourcen der Zugewanderten befördern. Der Prozess der Integration

Integration auch Aufgeschlossenheit der Aufnahmegesellschaft gegenüber Einwanderern und ihren Kindern. Sie soll letztlich gleichberechtigte Teilhabe an gemeinschaftlichen Gütern und Aktivitäten ermöglichen, konkret beispielsweise auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt bzw. am Bildungswesen. Eine weitere Aufgabe der Aufnahmegesellschaft besteht darin, gemeinsam Diskriminierung und Rassismus, sowie Fremdenangst und Vorurteile zu ächten und zu bestrafen. Mehr und mehr wird in der Diskussion um den Begriff Integration stattdessen auch ein neuer Begriff gefordert. Statt Integration solle man Inklusion verwenden. Manche schlagen auch „Diversity/Vielfalt“, „Interkulturelle Öffnung“, „Interkulturelles Zusammenleben“ oder „Transkulturelle Gesellschaft“ vor.

sches hat: Integration ist ein Prozess, ein Prozess, in dem Zugewanderte und Einheimische wirksam sind. Inklusion erscheint mir eher als Ziel, Integration der Weg dahin.

Gibt es überhaupt „die Deutschen“?

Einen kritischen Hinweis auf mich, auf uns Zugewanderte möchte ich mir, möchte ich uns abschließend nicht ersparen. In gewisser Hinsicht tun wir es zumindest in einer Sache nicht anders als diejenigen, die wir heftig kritisieren. Unser Vorurteil, „die Deutschen“ würden uns pauschal als eine Gruppe von Menschen sehen, die zig Defizite und Probleme haben und sich nicht oder nur widerwillig hier in Deutschland integrieren wollen,

Fortsetzung von Seite 10

die uns prinzipiell nicht wohlgesonnen seien, die nicht sehen wollen, dass wir auch Potenziale haben, dieses Vorurteil erlebe ich oft in unseren Kreisen. Wir möchten, dass „die Deutschen“, die Behörden, die Mehrheitsgesellschaft uns so wahrnimmt, wie wir wirklich sind, nämlich Menschen mit dem einen oder anderen Nachholbedarf, jedoch zugleich auch Menschen mit Stärken, mit positiven Eigenschaften, was scheinbar nicht passiere. Ich bin sicher, dass uns längst viele Menschen, insbesondere die zahlreichen Menschen aus dem Bereich der Integrationsarbeit, nicht nur wohlgesonnen sind, sondern uns positiv begleiten, uns helfen, unsere Stärken anerkennen und positiv nutzen – etwa unsere Mehrsprachigkeit, unsere interkulturellen Fähigkeiten. Dennoch werfen wir öfters auch in unseren Gremien „die Deutschen“ alle in einen Topf.

Es gibt nach meiner Überzeugung „die Deutschen“ als kompakte Masse, ebenso die unserer erfolgreichen Integration im Weg stehenden deutschen Behörden genau so nicht, wie es „die Jugend“, „die Senioren“, „die Türken“, „die Russen“, „die Lehrer“, „die Migranten“ usw. nicht gibt. Die Vielfalt innerhalb jeder Gruppierung, die Vielfalt in unserer Gesellschaft ist eine Realität. Und wenn sich jemand darüber aufregt, dass anscheinend immer und überall „die Deutschen“, also die Mehrheitsgesellschaft in diesem Lande bestimmt, in welche Richtung und unter welchen Bedingungen sich Integration vollzieht, dann ist diese Sicht undifferenziert zu kurz gefasst.

Auf uns selber kommt es an!

Naturngemäß hat in jedem Land der Welt zunächst die Mehrheitsgesellschaft im Laufe der Zeit eine bestimmte sozial-politische Grundordnung geschaffen und versucht, dieses Gemeinwesen zu erhalten, aber in Deutschland, wie auch in anderen westeuropäischen Ländern, kann diese Mehrheitsgesellschaft längst nicht mehr die Realitäten, die sich z.B. durch breitangelegte Zuwanderung ergeben haben, ignorieren. Und hier kommt nun mein Ansatzpunkt: Wir, die zugewanderten Menschen mit Migrationskultur, wir sind längst aufgerufen, zusammen mit unseren uns Wohlgesonnenen aus der Reihe „der Deutschen“, diesen Prozess des sich hier Einlebens, des hier ein Zu-Hause-Findens, des hier Ankommens – ich nenne diesen Prozess nach wie vor Integration – zu befördern, wir sind aufgefordert, diesen Prozess tatkräftig mit zu gestalten. Nicht nur warten, dass von draußen etwas kommt, nein, selbst anpacken, selbst aktiv werden, selbst Vielfalt gestalten. Und seien wir mal ganz ehrlich: Überspitzt formuliert, benötigen wir eigentlich auch so etwas wie „Integrationskurse für Deutsche“. Diejenigen aus der Mehrheitsgesellschaft, die von uns verlangen, wir mögen uns in Deutschland integrieren, die müssten informiert, angeleitet werden, dass es längst keine reine „deutsche“ Gesellschaft in diesem Lande gibt, dass es darum geht, gemeinsam mit den Anforderungen von Vielfalt umzugehen, ihre Defizite gemeinsam zu benennen, jedoch auch ihre Potenziale tatkräftig fördern. Wie hieß es in einem anderen Text von mir? „Manchmal ist unser Leben doch das, was wir daraus machen.“ Eben! Wir können mehr. Und gemeinsam mit allen Gutgesinnten in diesem Land können wir auch diesem Land der Vielfalt und des interkulturellen Aufbruchs ein neues Gesicht geben. Nicht warten, nicht ständig „die anderen“ im Blick haben, nein, selber anpacken, selber tun, selber aktiv voranschreiten. Auch sprachlich. Das sind wir uns selber schuldig.

Langwasser ist bunt! – Das Stadtteilforum und seine Aktivitäten

Kristina Brock und Lemia Yiyit



Die Organisator/innen vom Stadtteilforum (v.l.n.r.): Walter Müller-Kalthöner (Gemeinschaftshaus), Elke Felber (ASD Langwasser), Kristina Brock (Bürgerverein), Linda Sewald (Haus für Kinder Kerschensteinerstraße), Angelika Schübel (Seniorennetzwerk), Doris Hutter (Haus der Heimat), Lemia Yiyit (Nürnberger Rat für Integration und Zuwanderung); nicht auf dem Foto Jutta Zier (AWO-Streetwork), Foto: Iwona Lompard

Das Stadtteilforum Langwasser ist der selbstständige und freiwillige Zusammenschluss von Anbietern und Trägern sozialer und kultureller Arbeit, von Institutionen, von Vereinen und interessierten Bürgern aus allen Bereichen ehrenamtlichen und freiwilligen Engagements im Stadtteil Langwasser.

Mit der Gründung des Stadtteilforums am 24.03.2007 wurden folgende Ziele vereinbart:

„Das Stadtteilforum will das soziale und kulturelle Leben in Langwasser diskutieren, fördern und vernetzen und so eine „solidarische Stadtgesellschaft“ entwickeln und mit gestalten.“

Wichtige Themen sind für das Stadtteilforum die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund und sozial Benachteiligten sowie die Förderung guter Nachbarschaft und des ehrenamtlichen Engagements. Wir wollen das Image unseres Stadtteils pflegen und vorbildhaft Beispiel geben. Das Stadtteilforum steht allen offen, die sich diesen Zielen verpflichten.“

Die TeilnehmerInnen treffen sich regelmäßig zum Forum im Gemeinschaftshaus Langwasser. Der fachliche Austausch, die inhaltliche Diskussion und organisatorische Durchführung von Einzelprojekten finden in verschiedenen Arbeitskreisen (AK) statt – von AK Kinder, Jugend, Kultureinrichtungen bis Senioren.

Die Koordination der Aktivitäten, die Vernetzung der verschiedenen AKs, die Vorbereitung und Durchführung der Plenums-Veranstaltungen obliegt dem „Geschäftsführenden Gremium“, dem neben dem Gemeinschaftshaus als Sprecher/innen der AKs auch VertreterInnen des Allgemeinen Sozialdienstes (ASD), der AWO Streetwork, des Bürgervereins Nürnberg-Langwasser e.V., des Hauses der Heimat, der Arbeitsgemeinschaft Langwasser Nord und des Seniorennetzwerks Langwasser angehören. Seit 2011 ist Lemia Yiyit vom Nürnberger Rat für Integration und Zuwanderung ebenfalls im Gremium vertreten.

Aus dem Stadtteilforum sind mehrere interessante Projekte entstanden

Weihnachtsmarkt

Jedes Jahr erwacht der Heinrich-Böll-Platz aus seinem Winterschlaf und wird zu einer stimmungsvollen Budenstadt.

„Langwasser! Begegnungen, Gespräche, Expeditionen“

Zur Imagepflege wurden Botschafter ausgebildet, die Führungen durch den Stadtteil anbieten. 2008 gründete sich die Geschichtswerkstatt Langwasser.

Zentrum Aktiver Bürger-Lokal

Eine Filiale des Zentrums Aktiver Bürger wurde in der Reinerzer Straße errichtet, um das Ehrenamt in Langwasser zu fördern.

Internetseite

Die Internetseite www.stadtteilforum.org wurde gestaltet, um Informationen aus den einzelnen Stadtteilen zu bündeln.

Interkultureller Garten

Nach einigen Schwierigkeiten konnte der Interkulturelle Garten 2011 gebaut werden. Inzwischen umfasst der Verein 22 aktive Mitglieder mit Wurzeln aus 13 Nationen (Deutschland, Griechenland, Kambodscha, Kanada, Kasachstan, Moldawien, Polen, Russland, Serbien, Togo, Türkei, Ukraine, Usbekistan).

Seefest am Langwasser See

Das Nachbarschaftsfest wird jeden Sommer von der Arbeitsgruppe Langwasser-Nord veranstaltet.

Sozial- und Kulturmarkt im Franken-Center Nürnberg-Langwasser mit folgenden Titeln:

- 19.10.2007 „Lebendiges Langwasser“
- 23.10.2009 „Solidarisch, engagiert, menschlich“
- 21.10.2011 „Gemeinsam für die Vielfalt in Langwasser“

Beim Sozial- und Kulturmarkt beteiligen sich bis zu 50 verschiedene Organisationen, die sich aktiv für Einheimische und Zuwanderer in allen Altersgruppen einsetzen.

Mit dem lebhaften Bühnenprogramm spiegelt sich die Vielfalt der Menschen in Langwasser

wieder. Das Franken-Center wird einen Tag lang zu einem Treffpunkt für alle. Die BesucherInnen können sich an den Ständen über die Tätigkeiten der Organisationen informieren oder bei Mitmachaktionen aktiv werden.

Stadtteilforum wehrt sich gegen rechte Aktivitäten

Seit rechte Aktivisten vermehrt in Langwasser auftraten, beschäftigt sich das Stadtteilforum auch mit diesem Thema. Aktuell ist ein Arbeitskreis „Gegen Rechts“ geplant.

Vor knapp drei Jahren wurde eine Resolution gegen rechtsradikale Aktivitäten in Langwasser verfasst, die von vielen Bürgern und Bürgerinnen unterschrieben wurde.

Im Langwassergebiet entstand nach dem Zweiten Weltkrieg ein neuer Stadtteil. Vor allem Flüchtlinge, Zugewanderte und ausgebombte Nürnberger fanden hier eine neue Heimat. Wir verstehen nicht, dass mit diesem Hintergrund Neonazis ausgerechnet Langwasser erobern wollen.

Wir fühlen uns, als TeilnehmerInnen des Geschäftsführenden Gremiums des Stadtteilforums, für den Zusammenhalt in Langwasser verantwortlich und arbeiten weiter an der Vision eines friedlichen Miteinanders der unterschiedlichsten Lebensstile, Bedürfnisse und Erwartungen der Menschen hier im Stadtteil.

Wir wollen uns diese Idee nicht von der rechten Szene kaputt machen lassen, deren wahres Gesicht sich spätestens nach der Aufdeckung der Mordserie durch den Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) zeigte.

Ein großer Erfolg war unsere Einladung zum Gruppenfoto „Langwasser ist bunt!“ auf dem Heinrich-Böll-Platz im September 2012, dem rund 800 Langwasseraner folgten. Dank vieler Sponsoren hängt das Foto als Großplakat in der U-Bahnstation Langwasser-Mitte.

Wir wollen einander gleichberechtigt begegnen, aber irgendetwas stellt sich uns in den Weg

Cooper Thompson

Verinnerlichte Dominanz und verinnerlichte Unterdrückung / Überlegenheits- und Unterlegenheitsmuster zwischen einheimischen Deutschen und Menschen mit Migrationshintergrund

Das Modell „Verinnerlichte Dominanz und verinnerlichte Unterdrückung“ (auf Englisch, Modern and Internalized Oppression) wurde von Valerie Batts und meinen Kolleginnen und Kollegen von VISIONS in den USA ent-

wickelt. Um Formen von Unterdrückung zu erfassen, wie Rassismus, Sexismus, Homophobie, Diskriminierung aufgrund des sozialen Status oder des Alters, haben wir dieses Modell erweitert.

wickelt. Um Formen von Unterdrückung zu erfassen, wie Rassismus, Sexismus, Homophobie, Diskriminierung aufgrund des sozialen Status oder des Alters, haben wir dieses Modell erweitert.



Diskussion „Frei von Furcht in Nürnberg leben“ am 6. Mai anlässlich des NSU-Prozessbeginns, v.l.n.r.: Leyla Fröhlich-Güzelsoy, Jutta Horneber, Sefik Alp Bahadır, Cooper Thompson, Lemia Yiyit, Foto: Sevim Coskun

wickelt. Um Formen von Unterdrückung zu erfassen, wie Rassismus, Sexismus, Homophobie, Diskriminierung aufgrund des sozialen Status oder des Alters, haben wir dieses Modell erweitert.

Mit „Verinnerlichter Dominanz“ werden alle unbeabsichtigten und subtilen Methoden beschrieben, mit denen Mitglieder der Mehrheitsgesellschaft bzw. der dominierenden Gruppe ihre ökonomische und politische Macht zu erhalten versuchen. Sie sind von ihrer eigenen Überlegenheit überzeugt, obwohl sie Diskriminierung als rechtswidrig bezeichnen und an den vermeintlichen Grundsatz der „Gleichheit aller Menschen“ glauben. Mit dem Konzept „Verinnerlichte Unterdrückung“ wird ein Verhaltensmuster von Mitgliedern einer Minderheit oder einer untergeordneten Gruppe beschrieben, die ihre eigene Macht und ihr eigenes Potential nicht nutzen und selbst an ihre Minderwertigkeit glauben. Wenn Mitglieder der Mehrheitsgesellschaft bzw. der dominierenden Gruppe ihre Macht und ihre Möglichkeiten bewusst nutzen, um Mitglieder von Minderheiten in der untergeordneten Position zu belassen, sprechen wir von offenen Unterdrückung alten Stils.

Wenn ein Staat oder eine Kommune beschließen würde, diese offene Unterdrückung nicht mehr zu akzeptieren, ist es sehr wahrscheinlich, dass verinnerlichte Dominanz auf Seiten der Mehrheitsgesellschaft und verinnerlichte Unterdrückung auf Seiten der Minderheit hervortreten, da sich die Überzeugungen der Menschen in Hinblick auf Überlegenheit und Unterlegenheit nicht so schnell ändern. Eine Regierung kann Gesetze verabschieden, die das Verhalten von Menschen regeln und gegebenenfalls sanktionieren. Gesetze sind aber nicht in der Lage, das Denken und Fühlen

dell kann auch angewandt werden, um Unterdrückung aufgrund des Geschlechts, der sexuellen Identität, des sozialen Status etc. zu analysieren und zu erklären.

Selbst bei Menschen, die Gleichheit zwischen Menschen mit Migrationshintergrund und einheimischen Deutschen wollen und die überzeugt sind, dass Deutschland schon ein Einwanderungsland ist und Einwanderer braucht, habe ich Verhaltensmuster von Ungleichbehandlung erlebt. Ich bin überzeugt, dass das Modell „Verinnerlichte Dominanz und verinnerlichte Unterdrückung“ dabei helfen kann, diese Ungleichbehandlung zu erklären und dass es einige Lösungsmöglichkeiten aufzeigen kann. Im Folgenden werde ich das Modell vorstellen und anhand einiger Beispiele konkretisieren. Zunächst möchte ich aber einige Anmerkungen zur Anwendung des Modells auf Deutschland machen.

Einige der Worte und Begriffe, die ich benutze, um Gruppen und Verhaltensweisen zu beschreiben, sind nicht unumstritten. Sie klingen in der Übersetzung holprig und sind manchmal ungenau – zum Beispiel „Einheimische Deutsche“ oder „Menschen mit Migrationshintergrund“. Menschen, die in Deutschland leben, in zwei Gruppen einzuteilen – Einheimische Deutsche und Menschen mit Migrationshintergrund – ist zu einfach. Es gibt innerhalb dieser Gruppen große Unterschiede. Religion, Ausbildung, Milieuzugehörigkeit, die Farben der Haut, Herkunft, Geschlecht und andere Faktoren sind ausschlaggebend dafür, wie Menschen in Deutschland behandelt werden.

Trotzdem benutze ich diese „schwarz-weiß“ Formulierungen aus Gründen der Einfachheit, weil es im alltäglichen Leben viele Menschen

mit Migrationshintergrund gibt, die hier geboren sind, die einen deutschen Pass besitzen und fließend Deutsch sprechen und die dennoch nicht als Deutsche wahrgenommen und anerkannt werden.

Ich schlage Ihnen, den Leserinnen und Lesern, vor, sich mit diesem Modell vertraut zu machen und zu prüfen, wie es für Sie von Nutzen sein kann.

Formen verinnerlichter Dominanz

Verinnerlichte Dominanz beschreibt die subtilen und unbewussten Verhaltensweisen, mit denen einheimische Deutsche ihre Machtposition erhalten und festigen.

Ich erläutere fünf Formen dieser verinnerlichten Dominanz mit einigen Beispielen.

Vermeidung von persönlichem Kontakt mit Menschen mit Migrationshintergrund

Kontakte zu Ausländern reduzieren sich auf Kulturveranstaltungen, bei denen Ausländer als Künstler auftreten, als Konsumenten einer Dienstleistung z.B. im Restaurant oder durch berufliche Kontakte (z.B. Ausländer als KundInnen, SchülerInnen oder PatientInnen)

Einheimische ziehen es vor, in Stadtteilen zu leben, in denen kaum Menschen mit Migrationshintergrund wohnen. Für die eigenen Kinder werden Schulen bevorzugt, die von möglichst wenig Kindern mit Migrationshintergrund besucht werden.

Unterschiede leugnen

Die unterschiedlichen Gruppen von Menschen mit Migrationshintergrund werden hierarchisiert. Manche Gruppen bzw. Herkunftsländer werden höher angesehen als andere. Es gibt die Erwartungshaltung an Menschen mit Migrationshintergrund, dass sie sich mit der deutschen „Leitkultur“ identifizieren, anstatt zu akzeptieren, dass diese Menschen ihre Identität selbst definieren.

Fehlende Wahrnehmung und Verständnis der Lebensrealitäten von Immigranten

Keine Anerkennung des Beitrags, den Menschen mit Migrationshintergrund für die

deutsche Wirtschaft leisten bzw. geleistet haben; Ignoranz gegenüber der Tatsache, dass Menschen mit Migrationshintergrund genauso Steuern und Sozialabgaben bezahlen wie einheimische Deutsche;

keine Anerkennung der Anstrengungen, die Menschen mit Migrationshintergrund aufbringen, um sich zu integrieren und ein fehlendes Bewusstsein dafür, was es bedeutet immer wieder Diskriminierungserfahrungen zu machen.

Entmündigende Hilfe

Entwicklung einer Integrationspolitik ohne gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund. Schaffung von offiziellen Ausschüssen und Kommissionen, in denen es um Integration geht, ohne dass Menschen mit Migrationshintergrund einbezogen sind;

Fachleute, die auf der Grundlage ihrer Vorstellungen von Hilfe Programme und Projekte für Menschen mit Migrationshintergrund entwickeln, anstatt mit diesen gleichberechtigt zusammen zu arbeiten und sie bei der Durchsetzung ihrer Ziele zu unterstützen.

Schuldzuweisung an Menschen mit Migrationshintergrund oder an deren kulturellen Orientierungen

Beschreibung der Menschen mit Migrationshintergrund als „Problem“ für die Mehrheitsgesellschaft, statt die Bereicherung zu benennen, die sie für die Gesellschaft sind; das Festhalten an unrealistischen und überflüssigen Vorgaben für die Beherrschung der deutschen Sprache; Verallgemeinerungen über die fehlende Bereitschaft von Menschen mit Migrationshintergrund, Deutsch zu lernen bzw. abwertende Kommentare über „schlechtes“ oder „gebrochenes“ Deutsch von Menschen mit Migrationshintergrund.

Formen verinnerlichter Unterdrückung

Zwischen der verinnerlichten Dominanz und der verinnerlichten Unterdrückung besteht eine Verbindung: internalisierte Unterdrückung ist eine Reaktion auf verinnerlichte Dominanz. Ist dieser Prozess einmal in Gang gesetzt, verstärken sich die beiden Verhaltensmuster gegenseitig.

Fortsetzung Seite 13



Demonstration gegen die NPD in Langwasser 2012, Foto: Sevim Coskun



Michele Scala, Jean-Pierre Muteba, Shleer Abbas Mohamad und Cooper Thompson (v.l.n.r.) diskutieren bei einem Seminar des Integrationsrates, Foto: Sevim Coskun

Fortsetzung von Seite 12

Mit verinnerlichter Unterdrückung soll beschrieben werden, wie sich Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland „hilflos“ und „minderwertig“ fühlen, obwohl viele von ihnen in ihren Herkunftsländern selbstbewusste und anerkannte Persönlichkeiten waren. Auch hier möchte ich fünf Formen dieser Verinnerlichung sowie Beispiele benennen.

Vermeidung von persönlichem Kontakt mit Menschen ohne Migrationshintergrund

Zwanghaftes Misstrauen gegenüber allen einheimischen Deutschen und der deutschen kulturellen Orientierungen und keine Bereitschaft, Einheimische als Freunde zu gewinnen; keine Bereitschaft Deutsch zu lernen oder die deutschen Sprachkenntnisse zu verbessern oder Einheimische als Gesprächspartner zu finden.

Verleugnung des eigenen Migrationshintergrundes

Misstrauen gegenüber anderen Menschen mit Migrationshintergrund, der Kontakt mit ihnen wird vermieden; Übertriebene Übernahme von deutschen Gewohnheiten und Standards („Deutscher als die Deutschen“ werden).

Fehlende Wahrnehmung und Verständnis der eigenen Lebensrealitäten

Verleugnen der Erfahrung, dass das Dasein als Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland eine seelische, körperliche, soziale, politische und wirtschaftliche Belastung bedeuten kann; fehlende Achtsamkeit gegenüber sich selbst, wenn diese Belastungen zu seelischer oder körperlicher Krankheit geführt haben, Hilfe und Unterstützung werden in solch einem Fall nicht angenommen.

Annahme entmündigender Hilfe

Die Annahme jeglicher Hilfe, die angeboten wird, ohne den Einheimischen mitzuteilen, welche Hilfe tatsächlich von einem selbst und anderen Menschen mit Migrationshintergrund benötigt wird;

„Nett und freundlich“ gegenüber Einheimische zu sein, anstatt eigene Positionen zu vertreten, basierend auf der Überzeugung, von Einheimischen abhängig zu sein und es sich aus diesem Grund nicht leisten zu können, Einheimische zu konfrontieren.

Schuldzuweisung an die einheimischen Deutschen und ihren kulturellen Orientierungen

Endloses Gejammer mit anderen Menschen mit Migrationshintergrund über die „Deut-

schen“ und ihre Kultur; Verharren in der Passivität: Man glaubt, dass man nichts unternehmen kann, um die eigene Situation zu verändern und unterlässt jeden Versuch, etwas dafür zu tun.

Wie lässt sich Gleichberechtigung zwischen einheimischen Deutschen und Menschen mit Migrationshintergrund herstellen? Alternativen zu den modernen Formen der Unterdrückung und ihrer Verinnerlichung

In diesem letzten Abschnitt werde ich Alternativen anbieten, die Formen „Verinnerlichter Dominanz und internalisierte Unterdrückung“ ersetzen könnten. Um Gleichberechtigung herzustellen, ergeben sich für die beiden betroffenen Gruppen, einheimische Deutsche und Menschen mit Migrationshintergrund, zum Teil gleiche, zum Teil unterschiedliche Aufgaben. Die Aufgaben, die sich für beide Gruppen gleichermaßen ergeben, sind folgende:

Die Entscheidung treffen, dass Macht, Führung und Ressourcen geteilt werden müssen; Eine gemeinsame Entwicklung von Integrationspolitik und die Sicherstellung, dass die Bedürfnisse beider beteiligten Gruppen berücksichtigt werden;

Die Förderung von Mehrsprachigkeit und die Betonung, wie wichtig die Herkunftssprache oder ein Dialekt im persönlichen Umfeld sind; Die Entwicklung von Sprachstandards, die realistisch sind und die praktische Bedürfnisse berücksichtigen;

Unterschiede akzeptieren und anerkennen, dass alle unsere Kulturen wertvolle Elemente haben.

Wenn Einheimische und Menschen mit Migrationshintergrund zusammenarbeiten, sollte der Fokus auf konkreten Ergebnissen, aber auch auf der Entwicklung von persönlichen Beziehungen und gegenseitigem Vertrauen durch den persönlichen Kontakt liegen.

Schlussüberlegung

Es braucht Zeit, neue Umgangsformen und Vertrauen zwischen einheimischen Deutschen und Menschen mit Migrationshintergrund zu entwickeln. Unser Verhältnis war und ist oft geprägt von Misstrauen. Aber wenn tatsächlich der Wunsch besteht, eine Gesellschaft aufzubauen, in der wir gleichberechtigt zusammenleben, voneinander lernen und uns wechselseitig unterstützen, glaube ich, dass wir zusammen einen solchen Wunsch verwirklichen können.

(Ausschnitt aus dem Artikel von Cooper Thompson, aus dem Englischen von Inge Spiegel und Victoria Müller. Sie finden den kompletten Artikel und weitere Artikel unter www.cooper-thompson/essays)

Was trauen wir unseren Kindern und Jugendlichen als Gesellschaft noch zu?

Diana Liberova

Vor einigen Tagen hatte ich die Gelegenheit, im Seminar einem Motivationstrainer zuzuhören und nahm u. a. eine wichtige Erkenntnis mit. Der Mensch wird von den Gedanken der Anderen und der Energie, die einem gesendet wird, beeinflusst. Ich hörte dies sicher nicht zum ersten Mal und doch gerade an diesem Tag kam mir ein neuer Gedanke.

Ich spreche dienstlich oder privat immer wieder mit den Schulen und erlebe, dass gerade die Grundschulen und die Mittelschulen mit vielen ihrer Schüler/innen nicht zufrieden sind. Es gibt viel Frust über die Kompetenzen der Schülerschaft und auch über die Beteiligung der Eltern. Man hört dann oft den Satz – „Ich muss keinen Elternabend organisieren, da die Eltern sowieso nicht kommen“ oder „Ich brauche so komplizierte Texte nicht zu geben, da meine Schüler/innen es nicht lesen/verstehen können.“

Während ich dann vor einigen Tagen dem Motivationstrainer zuhörte, merkte ich, dass vieles von dem, was wir sehen und erfahren, mit unserer mentalen Karte zu tun hat – also mit der Erwartung, die wir an unsere Kinder und Jugendlichen stellen. Wenn wir als Gesellschaft nur hoffen, dass alle Kinder irgendwann von ihren sprachlichen Kompetenzen her gleich sind, werden wir uns nicht weiter bewegen. Statt sich Gedanken darüber zu machen, wo das Besondere von jedem einzelnen Kind liegt, versuchen wir zu homogenisieren

me. Wir senden den Kindern mit Migrationshintergrund oder Kindern aus so genannten bildungsfernen Milieus keine positiven Signale. Wir warten eher, dass sie uns mit ihrer von uns nicht vermuteten Kompetenz überzeugen, damit wir sicher gehen können, dass die Kinder was können. Wir achten nicht auf die Entwicklungspotenziale, wir achten nicht auf die Offenheit dieser Kinder – was wir sehen, ist der Akzent oder die Beteiligung bzw. Nichtbeteiligung der Eltern und das legt sich wie ein Fingerabdruck auf die Biografien dieser Kinder.

Leider setzt sich eine solche Verkettung von Vorannahmen fort. Vor allem in den Mittelschulen. Von den Lehrern hört man dann, dass die Jugendlichen nicht über die einfachsten Kommunikationskompetenzen verfügen, nicht rechnen können und auch kein Benehmen haben. Kann dies ein Resultat des Umganges mit solchen Kindern sein? Eine Abwehrhaltung, die wir nicht durchdringen und nicht verändern? Vielleicht entsteht dies durch die Brandmarkung dieser Kinder, die ihre Potenziale selbst nicht erkennen und auch kaum Unterstützung von der Umwelt erhalten.

Das „Nichtglauben“ an diese Jugendlichen versendet versteckte mentale Signale, die auch Jugendliche, auch wenn meist unbewusst, wahrnehmen und als Folge erst diesen Vorurteilen entsprechen. Würden wir uns



Integrationsräte am Infostand des Gostenhofer Stadtteilstreffes 2012, v.l.n.r.: Lemia Yiyit, Shleer Abbas Mohamad, Diana Liberova, Radovan Petrovic, Eftichios Kalenteridis, Foto: Friedrich Popp

und schaffen damit das Wichtigste, den von den demokratischen Gesellschaften so gelobten Individualismus ab.

Wir sollen uns hinterfragen, ob wir bei der Anwendung und der Empfehlung einzelner Maßnahmen zur Sprachförderung wie z.B. Vorkurs Deutsch 240 für Kinder im letzten Kindergartenjahr immer nur die Kinder mit der Brille der „Nichtkompetenz“ und der Bildungsferne betrachten und dadurch ihnen nicht mehr zutrauen und die tatsächlichen Kompetenzen verwehren. Es setzt sich leider dann in den weiterführenden Schulen fort.

Wenn wir den Schülerinnen und Schülern nicht mehr zutrauen, dann werden sie nicht besser

Vielleicht ist genau das ein wesentlicher Schlüssel zur Lösung vieler Bildungsproble-

als Gesellschaft als Motivationstrainer sehen – würden wir es vielleicht schaffen, den jungen Menschen mehr Chancen zu geben. Sie würden dann unsere positive Energie mit auf ihren Bildungsweg nehmen, denn wenn man wahrnimmt, dass man was schaffen kann, schafft man es wahrscheinlicher.

Gesellschaftlich bedeutet es, anstatt nur das Negative zu sehen und es ständig in den Vordergrund zu stellen, sollten wir endlich anfangen, uns an den zweifellos vorhandenen Stärken der Kinder und Jugendlichen zu orientieren. Dann werden wir uns eine Zukunft als Land vieler Möglichkeiten beschreiben. Vielleicht schaffen wir es dann, auch die Denkgräben zu überwinden und erreichen durch eine Schule für ALLE Chancengleichheit und Gerechtigkeit zu installieren.

„Am anderen Ufer: Russlands Deutsche – aus der Vergangenheit in die Zukunft“

Nina Paulsen



Der Jongleur Thomas Janke, Foto: Privat

Eine Ausstellung aus Jekaterinburg dokumentiert russlanddeutsche Schicksale in 60 Lebensgeschichten

Russland und Deutschland „hatten eine gemeinsame Geschichte, die sich nicht selten dramatisch bis tragisch gestaltete, aber auch von vielen nachbarschaftlichen Beziehungen gezeichnet wurde“, betonte Andrey Grozow, Generalkonsul der Russischen Föderation in Bayern, in seiner Ansprache bei der Vernissage der Ausstellung „Am anderen Ufer: Russlands Deutsche – aus der Vergangenheit in die Zukunft“ am 9. April 2013 im Südpunkt Nürnberg. Einen beachtlichen Beitrag zur Erhaltung dieser nachbarschaftlichen Beziehungen leisteten im Laufe von Jahrhunderten zahlreiche Deutsche im Russischen Reich und leisten heute die Russlanddeutschen in Russland und in Deutschland. Sie stehen im Mittelpunkt der Ausstellung, die in 60 Lebensgeschichten (30 von russischer und 30 von deutscher Seite) in Bild und Wort die Schicksale der Russlanddeutschen im 20. und 21. Jahrhundert dokumentiert. Viele von ihnen sind Brückenbauer zwischen den Kulturen und Ländern in ihren Heimatorten.

Die Ausstellung wurde vom Haus der Heimat Nürnberg e.V., dem Historischen Forschungsverein der Deutschen aus Russland e.V. und der Landsmannschaft der Deutschen aus

Russland e.V. (Ortsgruppen Nürnberg und Fürth) veranstaltet. Zahlreiche Gäste aus den veranstaltenden Organisationen, Vertreter der demokratischen Parteien, Vereine und Einrichtungen folgten der Einladung. Auch viele Teilnehmer des Projektes waren anwesend, sie kommen aus allen Altersgruppen, Berufen und gesellschaftlichen Schichten, darunter der Boxer Robert Stieglitz, der Jongleur Thomas Janke, Rosa und Viktor Uhl vom „BV Heimat“ e.V., der Sportlehrer Igor Weber, Peter Treu von den Freien Evangeliums-Christengemeinden in Deutschland, der Autor Oskar Schulz, die Informations-Designerin Veronika Hiltz sowie Vertreter der Monolith-Süd GmbH (sorgte für das reichhaltige Büfett). Durch den Abend führte Dorothea Walter (Kulturreferentin der Ortsgruppe Nürnberg), die den Begriff „Heimat“ in ihrer Moderation immer wieder reflektierte.

Der Landesvorsitzende der Landesgruppe Bayern, Waldemar Eisenbraun, begrüßte die Anwesenden und erinnerte in einem Rückblick an die Geschichte der Russlanddeutschen, vor allem an die Nachkommen der deutschen Kolonisten, die vor 250 Jahren dem Ruf von Katharina II. nach Russland folgten. Wladimir Seitz, Vorsitzender der Ortsgruppe Fürth und stellv. Vorsitzender des HdH Nürnberg, begrüßte die Ehrengäste. Grußworte sprachen auch Robert Stieglitz (Magdeburg) und

Veronika Hiltz (Böblingen, „BV Heimat“ e.V.). Die Idee zu dem Ausstellungsprojekt ist zwar bei den Russlanddeutschen, die heute noch in der Uralregion leben, entstanden, wurde aber in Deutschland maßgeblich von der Zeitung „Heimat/Rodina“ unterstützt.

Das Projekt „Am anderen Ufer: Russlands Deutsche – aus der Vergangenheit in die Zukunft“ (Ausstellung und Album) der Autoren Natalia Paegle (Texte) und Vadim Ossipow (Fotos) aus Jekaterinburg/Russland wird im Rahmen des Deutschlandjahres in Russland (2012/13) und des Russlandjahres in Deutschland (2013/14) unter dem Motto „Deutschland und Russland: gemeinsam die Zukunft gestalten“ in beiden Ländern präsentiert. Nach mehreren Stationen in Russland wandert die Ausstellung nun auch in Deutschland, wo sie in Nürnberg (9.-24.04.2013), Stuttgart, Hamburg und Berlin Einzug hält. Michael Frieser, MdB (Mitglied des Bundestages, Integrationsbeauftragter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion) erinnerte sich in seiner Ansprache an die Eröffnung des Deutschlandjahres auf dem Roten Platz in Moskau im Juni 2012, die mit einem 300 Quadratmeter großen Dürer-Puzzle aus Nürnberg, einer 10 Meter auf 15 Meter großen Version des berühmten „Selbstbildnisses im Pelzrock“, startete. „Ich habe erlebt, dass man sich in Russland als Deutscher sehr wohl fühlt“, so Frieser,

der fernerhin auch die Leistung der Russlanddeutschen bei der Integration würdigte. Anerkennende Worte für die zugewanderten Deutschen, die in Nürnberg wohnen und das Leben in ihrer neuen Heimat mitgestalten, fand auch die Stadträtin Brigitte Reuter, die die Gäste in Vertretung des OBM Dr. Ulrich Maly begrüßte.

Heimat ist immer Heimat, auch wenn die Heimat dich falsch behandelt hat

Für die musikalische Umrahmung sorgte unter anderen Lidia Gottfried (geb. Bäcker) aus Kassel, die mit einem vielfältigen Programm aus deutschen und russischen Liedern das Publikum unterhielt. Am Klavier wurde sie von Alexander Worobjow begleitet. Gocha Jachagaschwili präsentierte seine eigene Musik, eine Vertonung des Gedichtes von Reinhold Frank „Lied der Deutschen aus Russland“. Peter Treu stellte sein Gesangsensemble vor, das sich mit geistlichen Liedern vorstellte. Auch Treu definierte den tieferen Sinn des Begriffes „Heimat“ – vor allem als Geborgenheit und Identität. „Heimat ist immer Heimat, auch wenn die Heimat dich falsch behandelt hat“, so Treu mit Blick auf die wechselvolle Geschichte der Russlanddeutschen. Der 18-jährige Thomas Janke, der jüngste und schnellste Profi-Jongleur Europas, vertonte begeisterten Beifall der Gäste für virtuose Übungen mit Keulen, Ringen und Bällen. Die Ausstellung wurde ergänzt durch die Bilder zum

Fortsetzung Seite 15



Bosch-Vase, Foto: Privat

Fortsetzung von Seite 14

Thema der russlanddeutschen Geschichte vom Kunstmaler Adam Heinz aus Bremen und die Plastiken des Bildhauers Rudolf Fischer aus Nürnberg.

Zum Schluss verlasen Rosa Uhl und Peter Treu ein Grußwort der Autoren des Projektes aus Jekaterinburg.

„Unser Projekt ist nicht nur ein Kulturaustausch zwischen zwei Ländern, sondern es ist die Widerspiegelung eines nicht einfachen Schicksals des Volkes, das oft Volk auf dem Weg genannt wird. Mit unserem Projekt haben wir zwischen diesen zwei Ufern eine Brücke gebaut, und die Projektteilnehmer und teilnehmerinnen bauten eine Brücke zwischen zwei Ländern – Russland und Deutschland, um die Zukunft gemeinsam zu gestalten.“ Und so erzählen die Teilnehmer aus Russland, warum sie geblieben sind und wie sie ihr Leben meistern. Die Teilnehmer aus Deutschland berichten über die Schwierigkeiten der Integration und ihre Erfahrungen im Land der Vorfahren, in dem sie nicht selten ihr gesamtes Durchsetzungsvermögen einsetzen und dem Gegenwind standhalten mussten.

Mehrere Förderer und Helfer von russischer und deutscher Seite haben das anspruchsvolle Vorhaben unterstützt, darunter die Verwaltung des Gouverneurs des Gebiets Swerdlowsk, das Deutsche Generalkonsulat Jekaterinburg, die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, die Vereinigung „Heimat e.V.“ (Deutschland), die Internationale Unternehmensgruppe "Monolith Gruppe" (Deutschland), der Holding UNACO Group (Russland) sowie Kulturstiftungen, Zeitungen, Museen, Universitäten und deutsche Kulturzentren der Gebiete Swerdlowsk und Tscheljabinsk im Uralgebiet.

Thomas Janke – einer der schnellsten Jongleure der Welt

Thomas Janke gehört zu den schnellsten Jongleuren der Welt. Sein Markenzeichen: Schnelligkeit. Auf die sieben Bälle folgen sieben Ringe, die mit so hoher Geschwindigkeit durch die Luft gewirbelt werden, dass ihre Form verschwindet. Vor über zwei Jahren fing Thomas Janke an, fünf Keulen möglichst schnell hintereinander hinter dem Rücken hochzuwerfen. Ein Kunststück, das einem Jongleur so viel Zielsicherheit abverlangt, dass es weltweit nur von einer Handvoll Menschen beherrscht wird. Was bei Thomas so leicht und entspannt aussieht, ist in Wirklichkeit harte Arbeit: „Früher habe ich täglich bis zu sechs Stunden trainiert, natürlich nur wenn abends keine Show anstand. Heute trainiere ich ungefähr drei Stunden am Tag, danach merke ich schon, dass die Konzentration nachlässt.“

Die Familie Janke kam 1990 aus dem Gebiet Krasnodar/Südrussland nach Deutschland, Thomas selbst wurde in Memmingen geboren. Mit acht begann er mit dem Jonglieren in der Zirkusgruppe die "Quirligen" im TV Memmingerberg, seit über sieben Jahren tritt er "solo" auf. Kurz darauf wurde er als jüngster Profijongleur Deutschlands bekannt. Mit elf Jahren hatte Thomas sein erstes Engagement in Holland, er pendelte zwischen Schule und Zirkus hin und her.

Die Tempojonglage ermöglichte ihm Auftritte in Holland, Russland, Frankreich, Belgien und Italien. Auftritte im Zirkus (Pimperelli, Renz oder Variete Goldfisch in Karlsruhe) und auf Festivals haben ihm in kurzer Zeit zahlreiche Siegesurkunden und Preise eingebracht: Er errang den 3. Platz in der Kategorie "6-13" beim Lilalu-Zirkusfestival 2005 München, den 3. Platz beim Kleinkunstfestival

2006 Ulm, Gold im Nachwuchswettbewerb beim 5. Dresdener Variete und Zirkusfestival 2006 und den 2. Platz in der Gruppe bis 17 Jahren bei dem internationalen Festival European Youth Circus 2006 Wiesbaden. Bei der Galashow des internationalen Nachwuchsfestivals "Premiere Rampe" in Monte Carlo 2007 konnte er die fürstliche Familie sowie weitere fast 4000 Zuschauer zu Beifallsstürmen bewegen. Sein großer Traum ist, den „Goldenen Clown“ (der höchste Preis für Artistik) in Monte Carlo zu gewinnen.

Robert Stieglitz – WBO-Boxweltmeister im Supermittelgewicht

Der Russlanddeutsche Robert Stieglitz, Profiboxer vom SES (Sport Event Steinforth) Magdeburg, ist der neue deutsche WBO-Weltmeister im Supermittelgewicht. Erst vor kurzem hat er sich den WM-Gürtel von Arthur Abraham zurückgeholt. Der 31 Jahre alte Magdeburger besiegte vor 7000 Zuschauern in Magdeburg den Berliner WBO-Champion Arthur Abraham durch Technischen K.o. in der vierten Runde. Damit nahm Stieglitz erfolgreich Revanche für die Punktniederlage im ersten Duell vor sieben Monaten. Im Alter von 19 Jahren siedelte der 1981 im russischen Ejsk/Krasnodar geborene Stieglitz nach Deutschland über. Nach Magdeburg holte ihn der Freund seines Vaters Joachim Benk. Bereits als Schüler hatte Robert zuerst Fußball, dann klassisches Ringen und Karate ausprobiert, mit 15 Jahren begann er zu boxen. Schnell konnte er auch seine ersten Sportfolge verzeichnen und sich den Meistertitel in Südrussland holen. Im Boxclub Magdeburg fasste Robert ebenfalls schnell Fuß, seit 2001 ist er hier unter Vertrag. Sein Profidebüt bestritt er 2001 und holte sich ein Jahr später den Juniorentitel des IBF-Verbandes im Halbschwergewicht. Nach drei Titelverteidigungen wechselte er 2004 in das Supermittelgewicht und gewann auch hier den Juniorentitel sowie 2005 den „Intercontinental“-Titel der IBF. Durch weitere Titelgewinne 2009, 2010 und 2012 konnte er sich in der IBF-Weltrangliste hocharbeiten. Nunmehr hat er von 47 Profikämpfen 44 gewonnen. Seit 2009 besitzt Stieglitz die deutsche Staatsangehörigkeit. Parallel zu seiner Boxkarriere absolvierte Robert ein Fernstudium an einer Sportakademie.

Zentrale Servicestelle zur Erschließung ausländischer Qualifikationen in der Metropolregion Nürnberg (ZAQ)

Zdenka König/ Friedrich Popp

Frau Zdenka König vom Nürnberger Bildungscampus/Bildungszentrum berichtete im Integrationsrat über die neue Zentrale Servicestelle ZAQ. Schon 2011 hatte der Integrationsrat gefordert, Nürnberg solle eine „kommunale bzw. interkommunale Anlauf-

suchenden geben an, zum Zeitpunkt der Beratung ohne Arbeit oder arbeitsuchend zu sein. Daraus wird ersichtlich, dass der Anteil derjenigen, die derzeit nicht in den deutschen Arbeitsmarkt integriert sind, immer noch beträchtlich ist.



Zdenka König (links) berichtet über die ZAQ im Integrationsrat, daneben (v.l.n.r.): Friedrich Popp, Diana Liberova, Antonio Fernandez, Foto: Sevim Coskun

oder Servicestelle zu den vielfältigen Fragen der Anerkennung ausländischer Qualifikationen aufbauen“. Dieser Vorschlag wurde von der Verwaltung und dem Netzwerk „migranet“ aufgegriffen und umgesetzt. Seit Juni 2012 gibt Zdenka König kostenlose Erstinformationen zur Anerkennung von ausländischen Bildungsabschlüssen und 2013 kam mit Heinrich Kraus eine weitere Beratungskraft hinzu. Das zentrale Anliegen ist die Anerkennung ausländischer Qualifikationen und damit der Wunsch der Menschen, hier in Bayern in ihrem erlernten Beruf arbeiten zu können. Mehr als die Hälfte der Anerken-

nungssuchenden geben an, zum Zeitpunkt der Beratung ohne Arbeit oder arbeitsuchend zu sein. Daraus wird ersichtlich, dass der Anteil derjenigen, die derzeit nicht in den deutschen Arbeitsmarkt integriert sind, immer noch beträchtlich ist.

Weitere Infos: ZAQ, Untere Talgasse 8, 90403 Nürnberg, Tel. 0911/ 231-3978



Die Mitglieder des Integrationsrates mit dem Oberbürgermeister 2012 im Rathausaal, Foto: Sevim Coskun

Ein Anstoß für Menschen, die sich für Menschenrechte und Gerechtigkeit engagieren

Ein Plädoyer zur Selbstreflexion

Inge Spiegel und Cooper Thompson

In einem Interview über einen Segnungsgottesdienst für ein homosexuelles Paar wurde Pfarrer Hans-Eberhard Rückert folgende Frage gestellt: „Mussten Sie eigene Vorurteile überwinden, um sich auf diesen Gottesdienst einzulassen?“ Er antwortete:

„Ja, ich musste schon die typischen Vorurteile, die ja fast jeder hat, über Bord werfen. Ich kenne die beiden schon lange durch die Johanniter und wusste, dass sie den Vorurteilen nicht entsprechen. Sie haben mich schon vor über einem Jahr bei einem Ausflug gefragt, ob ich mir das vorstellen könnte. Ich habe zugesagt, aber mich danach auch immer wieder kontrolliert in meinen Gedankengängen. Warum liegen diese Vorurteile immer noch so nah? Mir war klar, dieser Segnungsgottesdienst macht auch etwas mit mir selbst. Ich werde mich damit verändern. Und mir war wichtig klarzustellen, ich mache das, aber ich selbst bin heterosexuell.“ (Nürnberger Nachrichten vom 13. November 2012)

In unserem Engagement für Menschenrechte und gerechte Teilhabe, als SeminarleiterInnen, TrainerInnen, Lehrende und AktivistInnen sind wir auf Menschen wie Pfarrer Rückert gestoßen, Menschen, die sich selbst und ihr Handeln reflektieren. Viele AktivistInnen, Lehrende und „professionell“ Helfende engagieren sich leider aus einer gewissen Distanz heraus, ohne ihre Motivation und ihr Tun zu reflektieren. Es fällt ihnen schwer, eine Bezie-

hung zu den Menschen aufzubauen, für die sie sich engagieren und mit denen sie zusammenarbeiten. Sie vermeiden es, sich wichtigen Fragen wie diesen zu stellen:

„Warum mache ich diese Arbeit? Worin besteht mein persönliches Interesse? Was benötige ich, um mich selbst weiter zu entwickeln? In welchen Situationen ist es u.U. angebracht, dass ich mein Verhalten ändere?“ Ein Freund von uns meinte dazu: „Sich für Menschenrechte und Gerechtigkeit einzusetzen, ist eine zähe und harte Arbeit, die viel Ausdauer erfordert. Und sie muss mit dem Herzen getan werden.“

In diesem Essay beschreiben wir Situationen, die wir mit Menschen erlebt haben, die sich für gesellschaftlichen Wandel einsetzen und die dafür arbeiten, dass wir aus Fehlern der Geschichte lernen und diese nicht wiederholen. Anschließend stellen wir ein Modell vor und geben Anregungen, wie man sich für eine Gesellschaft frei von Diskriminierung und für Menschenrechte einsetzen kann. Abschließend machen wir einige Vorschläge für Menschen, die sich für Gerechtigkeit und Menschenrechte einsetzen und dabei ihre Arbeit, ihr Handeln und ihre Motivation reflektieren möchten.

Die Vermittlung des Holocaust

Vor einigen Jahren reisten wir mit einer Gruppe von LehrerInnen und HistorikerInnen nach Polen, um mehr über die historischen und po-

litischen Beziehungen zwischen Deutschland und Polen zu erfahren. Der Fokus dieser Reise lag auf der Zeit des Nationalsozialismus. Auch ein Besuch im ehemaligen Vernichtungslager Auschwitz stand auf dem Programm. Die Annäherung an dieses Thema geschah fast ausschließlich auf der kognitiven Ebene – durch das Hören von wissenschaftlichen Vorträgen und dem Studium von Quellentexten.

Für uns war es sehr befremdlich, dass dieses Thema fast nur auf der wissenschaftlich-kognitiven Ebene bearbeitet wurde. Dabei wurde weder dem persönlichen Austausch Raum gegeben, noch wurde besprochen, was diese Thematik auf der emotionalen Ebene bei uns auslöst. Bei einem der Treffen äußerte Inge den Wunsch, sich gerne über die persönlichen Erfahrungen und Gefühle zum Thema Holocaust in der Gruppe auszutauschen. Mit welchen Gefühlen fahre ich nach Auschwitz? Was löst dieser anstehende Besuch auf der emotionalen Ebene bei mir aus? Die Reaktion auf diesen Wunsch war ziemlich ernüchternd, die Teilnehmenden empfanden diesen Vorschlag als Seelenstriptease und lehnten diesen Wunsch kategorisch ab. Während der nächsten Tage wurden die Gruppendiskussionen und Inputs auf der rein kognitiven Ebene fortgesetzt. Kaum jemand kam auf uns zu, um mit uns Gedanken und Gefühle auszutauschen, geschweige sich nach unseren zu erkundigen.

Integrationspolitik für Einheimische

Als Mitglied des Nürnberger Integrationsrates besucht Cooper viele Ausschüsse und Veranstaltungen zum Thema Integration. Diese laufen meist gleich ab: Einheimische Deutsche erläutern ihre Vorstellungen von Integration. Dies ist meist ein Katalog von Forderungen an Einwanderer und was sie tun sollten, um sich in Deutschland zu integrieren. Genannt wird meist: Zugewanderte sollen Integrationskurse besuchen; sie sollen Deutsch lernen; sie sollen zu Hause Deutsch statt ihre Muttersprache sprechen; sie sollen die deutsche Kultur kennenlernen und in ihr Leben integrieren; sie sollen sich zusätzliche Qualifikationen aneignen, um auf dem Arbeitsmarkt bestehen zu können, u.s.w.

Manchmal wird erwähnt, dass beide Seiten, nicht nur die Einwanderer, auch die einheimische Bevölkerung für ein gelingendes Zusammenleben verantwortlich sind und beide Seiten einen Beitrag dazu leisten müssen. Leider werden von den einheimische Deutschen nur sehr wenige Vorschläge gemacht, wie ihr Beitrag und ihre Verantwortung aussehen könnte, um eine Gesellschaft aufzubauen in der Zugewanderte und einheimische Deutsche gleichberechtigt zusammen leben und arbeiten.

Bei einer Podiumsdiskussion in Nürnberg über Integrationspolitik stellte Cooper zwei bekannten Politikern folgende Frage: „Wenn Sie sich mit einer Gruppe Deutscher unterhalten, was würden Sie ihnen als deren Verantwortung für eine erfolgreiche Integration nennen?“ Obwohl beide Politiker sich seit langem mit dem Thema Integration auseinandersetzen, waren ihre Antworten doch sehr vage. „Ich würde versuchen, ihnen bewusst zu machen, dass Deutschland heute ein Einwanderungsland ist und dass wir zur Zeit einen großen Wandel erleben und viele Menschen nach Deutschland kommen, um hier zu leben und zu arbeiten.“

Wir erwarten jedoch mehr als eine Bewusstseinsänderung. Ein Beispiel: Zur Zeit wird in der Stadt Nürnberg ein Konzept zum Thema Willkommenskultur erarbeitet, fast ausschließlich durch Deutsche. Doch eine Willkommenskultur aufzubauen, erfordert nicht nur „eine Bewusstseinsänderung“. Es erfordert u.a. Nachdenken über eigenes Verhalten, die Bereitschaft, gleichberechtigte Beziehungen mit Zugewanderten aufzubauen und die Fähigkeit zu entwickeln, mit Menschen zu kommunizieren, deren Muttersprache nicht deutsch ist.

Seminare zum Thema Diskriminierung

Zu Inges Arbeit gehört es, mit unterschiedlichen Gruppen zu den Themen Diskriminierung und Menschenrechte zu arbeiten. Dazu entwickelte sie zusammen mit anderen Konzepte für Studientage und Workshops. In Teambesprechungen trifft sie oft auf Widerstand, wenn sie darauf hinweist, dass sich Lehrende unbedingt mit der Frage auseinandersetzen müssen, wo sie selbst Diskriminierung beobachtet haben, wo sie selbst diskri-



Schüler/innen der Scharrer-Schule bei der Einweihung des Denkmals für die Neonaziopfer, Foto: Jochen Menzel



Michael Helmbrecht bei der Einweihung des Denkmals für die Neonazupfer (Rede siehe S. 1), daneben OBM Dr. Ulrich Maly und der Bayerische Innenminister Joachim Herrmann, Foto: Jochen Menzel

miniert wurden und in welchen Situationen sie selbst jemanden diskriminiert haben. Dies ist wichtig, um authentisch mit einer Gruppe zum Thema „Diskriminierung“ arbeiten zu können. Dabei kann es auch hilfreich sein, diese persönlichen Erfahrungen in der Gruppe zu erzählen. Leider ist dies für viele Lehrende nicht vorstellbar und zu beängstigend. Sie wollen auf der rein kognitiven Ebene bleiben und keinesfalls eigene Erlebnisse einbringen.

Im Gegenteil, Inges KollegInnen fühlen sich manchmal schon unsicher, die Teilnehmenden nach ihren persönlichen Erfahrungen, Gedanken und Gefühlen zu fragen. Sie sind sich nicht sicher, ob Persönliches von Teilnehmenden in ein solches Seminar gehört. Wie die GeschichtslehrerInnen während der Polenreise bevorzugen auch sie, dass im Seminar neben historischen Beispielen nur Diskriminierungserfahrungen außerhalb des eigenen Erlebens besprochen werden.

Inges Erfahrung ist jedoch folgende: Viele Teilnehmer schätzen es sehr, die Gelegenheit zu erhalten, über eigene Diskriminierungserfahrungen zu sprechen. In den meisten Fällen entsteht dadurch ein Raum, Demütigungen und Verletzungen in Worte zu fassen und anderen mitzuteilen. Dieser Austausch kann unheimlich bereichernd sein für eine Gruppe. Plötzlich ist nämlich das Thema Diskriminierung nicht nur eine historische Tatsache oder etwas außerhalb des eigenen Erlebnishorizontes, sondern eine Erfahrung, die Menschen tagtäglich machen – auch Menschen in dieser Gruppe. Obwohl es manche manchmal Überwindung kostet, äußern sich die meisten sehr positiv über den Austausch der persönlichen Erfahrungen.

Gefühle – Erfahrungen – Denken

Wir glauben, dass dieser Widerstand bezüglich „persönlicher Reflexion“ auch kulturell bedingt ist. In Deutschland wird in der Regel das Privatleben vom Arbeitsleben getrennt. Es existiert die Überzeugung, dass die schulische Bildung sich auf eine rein kognitive Wissensvermittlung konzentrieren sollte und Gefühle und persönliche Erfahrungen „untergeordnete“ Formen des Wissens seien. Die sogenannte Objektivität wird gegenüber der Subjektivität und der persönlichen Erfahrungen als überlegen betrachtet.

Soweit wir wissen, ist es keine allgemein gültige Wahrheit, dass Objektivität der Subjektivität überlegen ist. In anderen Kulturen und Ländern ist es oft umgekehrt: Gefühle

und Erfahrungen werden höher geschätzt als kognitives Wissen. Und in einigen Gegenden der Welt werden alle drei Dimensionen als gleichberechtigt angesehen. Wir betrachten Gefühle, Erfahrungen und Denken als wertvolle Quellen von Weisheit und Wahrheit. Daher ist die „persönliche Arbeit“ entscheidend, wenn wir eine Gesellschaft aufbauen und gestalten wollen, in der Menschen mit unterschiedlicher Herkunft zusammen leben, arbeiten und voneinander lernen.

Wir können wählen, auf welcher Ebene wir die „persönliche Arbeit“ leisten wollen. Wir alle haben das Recht zu entscheiden, dass wir nicht persönlich involviert werden wollen. Menschen, die Diskriminierung erfahren und deren Menschenrechte verletzt werden, können sich jedoch nicht distanzieren. Es ist eine tiefgreifende und oftmals sehr schmerzhaft persönliche Erfahrung, diskriminiert oder in seinen Menschenrechten verletzt worden zu sein.

Für jene Menschen, die bewusst oder unbewusst andere diskriminieren, ist dies auch eine persönliche Erfahrung. Wie sonst könnte man ihre Bereitschaft erklären, mitzumachen, wenn andere Menschen gedemütigt und respektlos behandelt werden? Vorurteile und Angst, das Verlangen, jemanden so zu behandeln, als sei er einem unterlegen und die fehlende Bereitschaft, Beziehungen, die auf Gleichheit beruhen, aufzubauen, all das sind persönliche Entscheidungen, die Diskriminierung und Menschenrechtsverletzungen hervorrufen.

Für Lehrende, Aktivisten, Menschen, die sich für eine bessere Welt einsetzen, ist dies auch eine persönliche Erfahrung. Wie sonst könnte man die Entscheidung für diese Arbeit erklären? Warum sonst würden Menschen Auschwitz besuchen wollen? Warum sonst würden sich Menschen für Flüchtlinge und Ausländer einsetzen? Warum sonst gibt es Workshops zum Thema Diskriminierung?

Nachdenken auf vier Ebenen

Wir sind froh, dass es Menschen gibt, die sich für Gerechtigkeit und Menschenrechte einbringen. Wenn Sie eine oder einer von ihnen sind, dann setzen Sie bitte Ihre Arbeit fort, denn ihre Arbeit ist sehr wichtig und notwendig.

Worum wir Sie bitten, ist, dass Sie über einiges nachdenken und die persönlichen Seiten ihrer Arbeit sichtbar machen. Wir bitten Sie, sowohl Kopf als auch Herz zu verwenden.

Stellen Sie sich folgende Fragen auf der persönlichen Ebene:

- Was motiviert mich, dieser Arbeit nachzugehen? Wie profitiere ich davon, anderen zu helfen? Worin beruht mein eigenes Interesse?
- Wie habe ich Diskriminierung und Menschenrechtsverletzungen als Opfer, Täter oder Zuschauer erfahren? Was für Gefühle hatte ich bei diesen Erfahrungen?
- Was für Vorurteile habe ich Menschen wie mir gegenüber? Was für Vorurteile habe ich Menschen gegenüber, denen ich zu helfen versuche? Was mache ich, um meine Vorurteile zu überwinden?

Stellen Sie sich folgende Fragen auf zwischenmenschlicher Ebene:

- Welche Beziehung habe ich zu den Menschen, für die ich mich einsetze? Liegen diese Beziehungen auf Augenhöhe oder muss ich mir eingestehen, dass ich davon ausgehe, dass ich mich doch überlegen fühle? (Auf fachlicher Seite wird dies häufig der Fall sein, allerdings sollte daraus kein generelles Überlegenheitsgefühl resultieren).
- Höre ich Menschen zu und nehme ich sie ernst, wenn sie mit mir über ihre Diskriminierungserfahrungen sprechen? Frage ich sie, was sie sich wünschen und benötigen? Lerne ich aus ihren Erfahrungen?
- Welche Beziehungen habe ich zu meinen Kolleginnen und Kollegen? Fühlen sich manche überlegen bzw. unterlegen? Welches unbewusste Verhalten fördert diese Ungleichheit?
- Arbeiten wir alle als Gleichgestellte zusammen, um Lösungen zu finden und Projekte zu entwickeln oder machen die „Helfer“ die Arbeit für die „Opfer“?

Stellen Sie sich folgende Fragen auf kultureller Ebene:

- Welche Annahmen habe ich, wie diese Arbeit „richtig“ oder „falsch“ zu tun ist? Stecken wir in einem Denkmuster fest, dass wir das „Richtige“ tun, weil wir es immer so gemacht haben? Erkenne ich an, dass es auch andere Möglichkeiten gibt, sich für Gerechtigkeit, Teilhabe und Menschenrechte einzusetzen?
- Frage ich Menschen, die Erfahrung mit Diskriminierung und Menschenrechtsverletzungen haben, was sie denken, wie diese Arbeit aussehen sollte? Betrachte ich sie als ExpertInnen in dieser Arbeit, die mir einiges über meine Arbeit beibringen können? Bin ich bereit, von ihnen zu lernen?

Und stellen Sie sich folgende Fragen auf institutioneller Ebene:

- Wie ermöglichen es bestimmte Gesetze und

Vorgehensweisen, dass manche Menschen in Machtpositionen gelangen und einigen Menschen wirtschaftliche, politische und soziale Freiheiten eingeräumt werden, während andere außerhalb des Systems bleiben? Welche Gesetze und Vorgehensweisen benötigen wir, um Gleichberechtigung und Teilhabe zu fördern?

- Welche Strukturen brauchen wir in unseren Organisationen und Kommunen, um die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen zu ermöglichen? Beschwichtigen wir einige Menschen und erlauben wir anderen zu dominieren? Was kann ich dazu beitragen, Strukturen aufzubauen, die gleichberechtigte Teilhabe und Menschenrechte für alle fördern?

Dies sind einige Fragen, die wir uns stellen und wir freuen uns darauf, Ihre Antworten hören. Wenn wir unsere persönlichen Gedanken und Gefühle austauschen, lernen wir voneinander. Wenn wir eine Gesellschaft aufbauen wollen, in der gleichberechtigte Teilhabe und Menschenrechte für jeden garantiert sein sollen, dann müssen wir von unseren gegenseitigen Erfahrungen lernen.

„Wenn Du hergekommen bist, mir zu helfen, dann verschwendest Du Deine Zeit. Wenn Du aber her gekommen bist, weil Deine Befreiung mit meiner verbunden ist, dann lass' uns zusammen arbeiten.“ (Aboriginal activists group, Queensland, Australia, 1970)

(Übersetzung aus dem Englischen: Gitti Göbbel)

Inge Spiegel hat einen Lehrauftrag an der Georg-Simon-Ohm Hochschule zum Thema Antidiskriminierungspädagogik. Daneben leitet sie Seminare und Workshops zum Thema Diskriminierung und Menschenrechte. Der Titel des Handbuchs, an dem sie mitgearbeitet hat, lautet: „Diskriminierung trifft uns alle!“ Anregungen für die formale und nonformale Bildung. Dieses Handbuch ist in Teilen auf folgender Homepage abrufbar: <http://www.diskriminierung.menschenrechte.org/materialien>. Seminare können über das Nürnberger Menschenrechtszentrum vereinbart werden. <http://www.nmrz.de/>

Cooper Thompson ist Mitglied des Nürnberger Integrationsrates und hat viele Essays über Gleichheit und Diskriminierung geschrieben, die auf folgender Homepage zu finden sind: www.cooper-thompson.com/essays

Können wir uns das leisten?

Sevim Coskun

Können wir uns das leisten?

Der Ausbildungs- und Arbeitsmarktzugang von Asylbewerbern und Bleibeberechtigten – Ungenutzte Potenziale in einem Land, das mit Fachkräftemangel und dem demographischen Wandel zu kämpfen hat

In jüngster Zeit kann man aus verschiedensten Bereichen die Forderungen für eine adäquate Arbeitsmarkt- und Bildungsintegration für Asylbewerber und Bleibeberechtigte hören. Immer lauter werden die Forderungen von Arbeitgeberverbänden, Gewerkschaften, Kammern und Flüchtlingsorganisationen, aber auch von Seiten der Politik, die Gleichberechtigung für diese Zielgruppe im Bildungs- und Arbeitsmarkt herzustellen. Hintergrund hier

Aufnahmerichtlinie (EU-RL) entfällt, beginnen sich rechtliche Hürden für den erfolgreichen Abschluss einer Ausbildung aufzubauen.

Um beispielsweise eine Berufsfachschule erfolgreich absolvieren zu können, muss nach zwei Jahren theoretischer Ausbildung auch ein fachpraktisches Jahr in einem Ausbildungsbetrieb abgeleistet werden. Da es sich hierbei nicht mehr um eine schulische Ausbildung, sondern eine betriebliche Beschäftigung handelt, muss hierfür eine Genehmigung von der Ausländerbehörde und/oder der Bundesagentur für Arbeit eingeholt werden. Die Zustimmung für den Zugang zum Arbeits- bzw. Ausbildungsmarkt und hier zur Absolvierung des dritten Lehrjahres hängt maßgeblich von

Genesung unterstützt wird. Die Unterbringung von Jugendlichen in angemessenen Jugendhilfeeinrichtungen sowie die psychologische Betreuung sollten gewährleistet werden.

- Die Vernetzung auf lokaler Ebene von unterschiedlichsten Behörden und Institution wie Schulämtern, Ausländerbehörden, Flüchtlingsorganisationen, Kammern sowie Arbeitagenturen ist ausschlaggebend, um Benachteiligungen beispielsweise beim Übergang von Schule in den Beruf ausschließen zu können. Hier können notwendige Instrumente erarbeitet und Detailfragen lösungsorientiert diskutiert werden.

- Die Aufnahme einer Ausbildung scheidet

Die vielfältigen Potenziale der Asylbewerber – egal ob jung oder alt – dürfen gerade in Zeiten eines Fachkräftemangels nicht vergeudet werden. Gerade im Zuge der großen Integrationsdebatte müssen die Menschen, die in Deutschland Flucht suchen, von Anfang an die Chance erhalten, ihren Integrationswillen unter Beweis zu stellen. Wir sollten uns davor hüten, diese Personen genau wie vor Jahrzehnten die Gastarbeiter, aufgrund von Nichtgewährung von Bildungsmöglichkeiten soweit zur Resignation zu treiben, bis eine Integration nicht mehr möglich ist. Auch vor dem Hintergrund einer globalisierten Welt, in der Wissen niemals verloren geht, unabhängig davon, ob man in Deutschland bleibt oder nicht.

Es stellt sich die Frage: Können wir es uns wirklich leisten die Potenziale der hier lebenden Asylbewerber und Bleibeberechtigten (und zwar nicht nur die wirtschaftlichen) nicht zu nutzen? Ist es wirklich im Sinne unserer Gesellschaft stattdessen teure Projekte auf den Weg zu bringen, um auf dem viel umkämpften internationalen Fachkräftemarkt attraktiv zu sein? Welche Willkommenskultur wird einer ausländischen Fachkraft in Deutschland vermittelt, wenn es eine Einteilung in „nützliche“ und „unnütze“ Ausländer gibt? Sind die Kriterien für den Zugang zum Arbeitsmarkt nicht überholt und rassistisch? Diesen Fragen sollten wir uns stellen...

„Ihr seid ein komisches Volk. Wenn wir wollen, dürfen wir nicht. Und wenn wir nicht mehr können, dann zwingt ihr uns dazu.“ (Zitat einer Asylbewerberin)

Um diesen Problemen Rechnung zu tragen, betreut seit 2011 das Projekt „BLEIB in Nürnberg“ das in der Geschäftsstelle des Integrationsrates sowie beim AAU e.V. angesiedelt ist, derzeit ca. 700 Personen in Mittelfranken. Durch die Vermittlung in berufsbezogene Sprachkurse, Erstberatungen sowie berufliche Qualifizierungsmaßnahmen wird die berufliche Integration unterstützt.

„BLEIB in Nürnberg“ ist ein Teilprojekt des Netzwerkes FiBA – (Flüchtlinge in Beruf und Ausbildung Ostbayern). Gefördert wird „BLEIB in Nürnberg“ im Rahmen des XENOS-Programms „Arbeitsmarktliche Unterstützung für Bleibeberechtigte und Flüchtlinge“ durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales und den Europäischen Sozialfonds bis Ende 2013.



MdEP Barbara Lochbihler, Präsident des BAMF Dr. Manfred Schmidt, Pfarrer Matthias Knoch, Katja Auer von der SZ, Eltaf Rahimi von Jugendliche ohne Grenzen, Stephan Hocks RA aus Frankfurt und Marc Speer von der Bundesarbeitsgemeinschaft Asyl in der Kirche bei der Veranstaltung „DUBLIN II - FRONTX - Kirchenasyl/ Abschottungspolitik oder Willkommenskultur“ am 04.10.2012 zu den Interkulturellen Wochen 2012, Foto: Sevim Coskun

für ist unter anderem der massive Fachkräftemangel, primär im gewerblichen Bereich. Dies wirkt sich vor allem auf die fehlenden Bewerberinnen und Bewerber auf dem Ausbildungsmarkt aus. Nach Angaben der Agentur für Arbeit waren im April 2013 noch 232.632 Ausbildungsstellen in Deutschland nicht besetzt (Statistik der Bundesagentur für Arbeit „Bewerber und Berufsausbildungsstellen Deutschland April 2013“).

Betrachtet man die derzeitige Ausgangslage, kann man feststellen, dass zumindest die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge (UMF) unter 15 Jahren meistens erfolgreich im Schulsystem integriert werden können. Jugendliche jedoch über 15 Jahren werden teilweise komplett ausgeschlossen – gerade wenn ihre Schulpflicht nach dem bayerischen Schulgesetz bereits erfüllt ist. Die Berufsschulen können jedoch bis zum 21. bzw. auch bis zum 25. Lebensjahr besucht werden.

Eine erfreuliche Entwicklung gibt es hierzu in den vergangenen Jahren in Nürnberg und anderen bayerischen Städten. Spezielle Beschulungsmodelle für junge Menschen ohne sicheren Aufenthalt wie in der Berufsschule 5 in Nürnberg, dienen dem Spracherwerb sowie der Integration in den Berufs- und Ausbildungsmarkt. 400 der derzeit 500 in Nürnberg ansässigen UMF besuchen die beruflichen Schulen der Stadt Nürnberg. Obwohl es sich um eine der wenigen zielgruppenspezifischen Förderungen handelt, müsste diese durch spezielle Sprachfördermaßnahmen noch optimiert werden, um einen erfolgreichen Abschluss gewährleisten zu können. Sobald bei diesen Jugendlichen jedoch das 18. Lebensjahr eintritt und somit die Schutzbedürftigkeit gemäß des Artikels 17 der EU-

den sogenannten „Mitwirkungspflichten“ ab. Sofern diese nicht erfüllt sind, kann die Zustimmung versagt und somit die Ausbildung nicht absolviert werden. Dies hat weitreichende Konsequenzen. Die Regelungen aus dem Arbeitsmigrationssteuerungsgesetz kommen nicht zum Tragen, da die Grundvoraussetzung wie die „Absolvierung einer anerkannten Berufsausbildung“ nicht erfüllt werden können und somit die Aussicht auf einen Aufenthaltstitel (hier: §18a Aufenthaltsgesetz „Aufenthaltsurlaub für qualifizierte Geduldete zum Zweck der Beschäftigung“) verfallen. Aus diesem Grund ist es unabdingbar, dass konkrete Kriterien für die Erfüllung der Mitwirkungspflicht formuliert und festgeschrieben werden. Willkür im Entscheidungsprozess könnte somit ausgeschlossen werden. Neben den rechtlichen Schwierigkeiten gibt es aber noch weitere Barrieren, die behoben werden müssen, um einen erfolgreichen Abschluss einer Ausbildung eines jungen geflüchteten Menschen zu unterstützen. Diese werden im Folgenden erläutert:

- Da der Personenkreis mit massiven Problemen wie z.B. Traumatisierungen zu kämpfen hat, bedarf es einer sehr intensiven Betreuung der Schülerinnen und Schüler durch Sozial-/Pädagogen und Sozial-/Pädagoginnen während ihrer Ausbildung. Auch müssen die betreuenden Personen auf die Zielgruppe vorbereitet werden. Geeignete Fortbildungen wie beispielsweise zu dem Thema Traumatisierung oder Kultursensibilität sind erforderlich. Zumal gerade bei traumatisierten Personen der positive Effekt einer Zukunftsperspektive nicht unterschätzt werden darf. Ein solider Ausblick für die Zukunft kann dazu führen, dass die Symptome sich verringern und die

aber auch oftmals an finanziellen Ressourcen. Niedrige Ausbildungsvergütungen sind nicht ausreichend für die Lebensbedürfnisse in Großstädten wie Nürnberg. Daher wäre es wünschenswert, dass ein uneingeschränkter Zugang zur Berufsausbildungsförderung (BAB) sowie zu Ausbildungsbegleitenden Hilfen (abH) auch für diese Zielgruppe ermöglicht und dieser nicht vom Aufenthaltsstatus abhängig gemacht wird.

- Schulgesetze und Landesverfassungen dürfen nicht gegen das Recht auf Bildung verstoßen und müssen eine Gleichstellung im Zugang zu Bildung zu gewährleisten.

IMPRESSUM

Herausgeber:

Nürnberger Rat für Integration und Zuwanderung
Geschäftsleitung: Friedrich Popp
Hans-Sachs-Platz 2
90403 Nürnberg
Telefon 09 11 / 2 31-31-85
Telefax 09 11 / 2 31-85-16
www.integrationsrat.nuernberg.de
integrationsrat@stadt.nuernberg.de

Redaktion:

Sevim Coskun
Horst Göbbel
Diana Liberova
Friedrich Popp

Vi.S.d.P.:

Diana Liberova

Die Artikel geben die Meinung der Verfasser, nicht unbedingt die Meinung des Integrationsrates wieder. Leserbriefes sind der Redaktion willkommen.

Layout, Satz und Druck:

Layout/Satz: OTTO-NORMAL-GRAFIK

Druck: Druckwerk Nürnberg

Auflage: 2.500 Exemplare (Juli 2013)

Zweisprachigkeit macht Kinder intelligenter!

Friedrich Popp

Sollen Eltern mit Migrationshintergrund mit ihren Kindern Deutsch oder in der Muttersprache sprechen?

Immer wieder hört man von Eltern mit Migrationshintergrund, dass sie von Erzieherinnen und Erziehern oder von Lehrerinnen und Lehrern den Rat bekommen: „Sprechen Sie mehr Deutsch mit Ihrem Kind!“. Dieser Ratsschlag mag zwar gut gemeint sein, er ist aber aus erziehungswissenschaftlichen Erkenntnissen sehr problematisch.

„Sprechen Sie in Ihrer Muttersprache mit Ihrem Kind!“, würde heute die Mehrheit der fachkundigen Pädagoginnen und Pädagogen raten, „oder einigen Sie sich darauf, welcher Elternteil in der Familie die Muttersprache und welcher Deutsch spricht!“.

Wie kam es zu diesem Perspektivenwechsel? Lange Zeit galten Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund als grundsätzlich bildungsfern, sie wurden aus dem defizitären Blickwinkel betrachtet. Die Sprache der Eltern war nichts wert, alleine wertvoll galt die Umgangssprache Deutsch. Es ist überhaupt nicht zu bezweifeln, dass die Kinder die deutsche Sprache optimal lernen müssen, wenn sie eine Chance in diesem Bildungssystem erhalten sollen. Aber die nichtdeutsche Muttersprache darf nicht als wertlos betrachtet werden, sie ist im Gegenteil ein unermesslicher Schatz, eine Ressource, die es zu pflegen und zu hegen gilt. Insbesondere zwei Gründe sprechen für die Aufwertung der nichtdeutschen Muttersprache (dabei ist es egal, um welche Sprache es sich handelt):

1. Wenn die Muttersprache anerkannt wird, dann wird auch die Identität des Menschen, der sie spricht, respektiert. Denn Emotionen und Gefühle kann man am besten in der Muttersprache ausdrücken. In den ersten Jahren der Kindheit sind diese emotionalen Bindungen zwischen Eltern und Kindern besonders wertvoll.



Fest für Flüchtlingskinder 2012, Foto: José Llorens

2. Zweisprachige Kinder sind intelligenter als einsprachige. Diese neue wissenschaftliche Erkenntnis mag auf den ersten Blick überraschen. Tatsächlich wurde in wissenschaftlichen Studien in Kanada festgestellt, dass zweisprachige Kleinkinder den gleichaltrigen einsprachigen Kindern intellektuell einiges

voraus haben. Da diese Kinder ihre Synapsen im Gehirn auf verschiedene Sprachen umschalten müssen, können sie diese kognitiven Fähigkeiten auch auf andere Gebiet übertragen, sie sind sozusagen früher in der Lage zu einem Perspektivenwechsel.

So konnten z.B. zweisprachige Kleinkinder in Testverfahren schneller unterschiedliche Far-

chige Kompetenzen spielend erlernen. Dies bedeutet aber auch eine Herausforderung für die Eltern und für die Gesellschaft.

Eltern sollten einerseits dafür sorgen, dass ihre Kinder z.B. zu Hause in der Regel mit den Eltern die Muttersprache sprechen, sie Geschichten und Lieder in dieser Sprache hören (damit meine ich nicht die ausländischen TV-Sender).

Andererseits sollten die Kinder auch frühzeitig die Möglichkeiten erhalten, sich mit Kindern in der deutschen Sprache zu unterhalten. Diese interkulturellen Begegnungen müssen entsprechend organisiert werden und sind manchmal eine große Herausforderung. Es kann daher sehr sinnvoll sein, ein Kleinkind schon sehr früh zu einer Tagesmutter zu geben. Ich vermisse noch die systematische Umsetzung der Idee, dass deutschsprachige Eltern ihr Kleinkind bewusst zu einer Tagesmutter mit Migrationshintergrund schicken, damit es dort Türkisch, Russisch, Griechisch, Italienisch – oder welche Sprache auch immer – lernt. Und die Kinder mit nichtdeutscher Muttersprache sollten bereits mit drei Jahren einen Kindergarten besuchen.

Die interkulturelle Erziehung hält auch in den Kindertagesstätten Einzug, wenn auch noch nicht in zufriedenstellendem Maße. Im Alter von zwei bis sechs Jahren haben die Kinder ein Sprachenfenster geöffnet, in dieser Zeit lernen sie optimal Sprachen, und das auch noch spielend ohne große Anstrengungen. Mehrsprachigkeit ist wertvoll und nützt der ganzen Gesellschaft.

ben und geometrische Formen erkennen (vgl. Gehirn und Geist Nr. 6/2013).

Was bedeutet dies für die Praxis des Alltags? Es ist meines Erachtens grundsätzlich positiv, wenn Kinder in einer mehrsprachigen Umwelt aufwachsen und sie frühzeitig ihre zweispra-

Frei von Furcht in Nürnberg leben!

Sevim Coskun

Podiumsdiskussion „Frei von Furcht in Nürnberg leben“ – Wie können wir nach den drei Nazimorden in Nürnberg unsere gemeinsame Zukunft gestalten?

Die vom Menschenrechtsbüro und dem Integrationsrat der Stadt Nürnberg gemeinsam organisierte Veranstaltung am 6. Mai 2013 sollte anlässlich des Prozessauftritts der

NSU-Morde, aber auch aufgrund eines nicht zufrieden stellenden Fernsehbeitrags des Bayerischen Rundfunks Raum schaffen, um sich über das Zusammenleben in Nürnberg nach

den NSU-Morden auszutauschen. Ziel war es, alle interessierten und engagierten Personen an diesem Abend zu Wort kommen zu lassen, über Ängste, Befürchtungen aber auch Zukunftsperspektiven zu sprechen. Die Moderatorin Frau Fröhlich-Güzelsoy lud abwechselnd verschiedenste Personen aus dem Publikum auf die Bühne ein und befragte sie zu ihrem Empfinden und Erlebten. Aufgrund der unterschiedlichen Podien mit Vertreterinnen und Vertretern aus Politik, Vereinen, Initiativen gegen Rechtsextremismus, Zivilgesellschaft bis hin zur Polizei sowie der regen Beteiligung aus dem Publikum, wurde eine sehr lebhaft und differenzierte Diskussion mit allen Anwesenden geführt. Ängste der türkisch-muslimischen Gemeinschaft, aber auch die aktuellen besorgniserregenden Aktivitäten mittelfränkischer rechtsextremer Gruppen wurden beleuchtet.

Hoffnung wurde jedoch durch die bereits aktiven Nürnberger Initiativen gegeben, die sich mit ihrem unermüdeten Engagement einsetzen. Diese Initiativen und noch mehr Solidarität aus der Gesamtgesellschaft können zu einem weiterhin friedlichen Zusammenleben in unserer Stadt beitragen. Es wird aber auch immer wieder nötig sein, die objektive und subjektive Lage darzustellen, um Impulse gegen „blinde Flecken“ in dieser wichtigen Arbeit auszuleuchten.



Großer Andrang bei der Diskussion um die Zukunft des interkulturellen Zusammenlebens in Nürnberg, Foto: Friedrich Popp

Perspektivenwechsel – über den Nachbarzaun schauen!

Friedrich Popp



Die Bearbeitung von Nachbarschaftskonflikten durch eine Mediation wird im Rollenspiel eingeübt, Foto: Friedrich Popp

Kooperativ und konstruktiv in der Nachbarschaft und im Stadtteil

Wer kennt das nicht: Man ärgert sich über die Unordnung der Nachbarn oder über das Verhalten der Kolleginnen oder der Kollegen und sofort sagt man seine Meinung dazu. „Ich sage es gleich und direkt“, heißt es dann im Nachhinein. „Ich mag es nicht, lange um den heißen Brei herumreden“, versucht man sich zu verteidigen. Doch die schnell und sofort mitgeteilten Ansichten stoßen beim Gegenüber möglicherweise nicht auf Zustimmung, er oder sie fühlt sich vor dem Kopf gestoßen und bloßgestellt. Ein Teufelskreis beginnt, ein negatives Wort folgt dem anderen. Innerhalb kürzester Zeit ist – eigentlich ungewollt – ein Konflikt entstanden. Dabei hatte man doch bloß eine kleine kritische Bemerkung über die nicht gemachte Hausordnung oder über die Unpünktlichkeit der Kollegin oder des Kollegen gemacht. Doch diese negative Spirale der Ablehnung, vielleicht sogar des Hasses, wollte man doch gar nicht.

In unserer schnelllebigen Zeit ereignen sich solche kleinen und größeren Konflikte ständig. In so einem Konflikt kann man in der Regel zwei Fehler machen: Entweder man geht ihm aus dem Weg und sagt gar nichts, oder man sucht umgehend die direkte Konfrontation. In der Konflikttheorie wird der erste Typus als Konfliktflieher, der zweite als Konfliktsucher bezeichnet. Bei der Konfliktvermeidung besteht die Gefahr, dass der latent vorhandene Konflikt bei nächster Gelegenheit – wie ein Vulkan – dann umso heftiger ausbricht. Und der Konfliktsucher findet immer das Haar in der Suppe. Wie könnte man es besser machen? Wie kann ich einen Konflikt konstruktiv bearbeiten und die nötige Kritik so vortragen, dass ich mein Gegenüber damit nicht negativ herabsetze? Das ist zugegebenermaßen gar nicht so einfach, erfordert eine positive Grundhaltung zu einer friedfertigen Kommunikation und muss wohl immer wieder neu ausprobiert werden.

Bei der letzten Nürnberger Integrationskonferenz 2013 erhielten die Teilnehmenden im Workshop „Perspektivenwechsel – über den Nachbarzaun schauen!“ von der Konfliktfor-

schlerin und Mediationsausbilderin Dr. Andréa Vermeer eine Einführung in den Prozess alternativer Konfliktregulation. Mit den jüngst ausgebildeten Mediatorinnen und Mediatoren des „Miteinander-Projekts“ führte sie mit den etwa 35 Teilnehmenden einen interkulturellen Sprachspiel-Parcours durch. In fünf Gruppen konnte man einen Einblick in die konstruktive Kommunikation erhalten.

Grundgedanke ist, dass wir bei der Kommunikation unser Wahrnehmen, Denken, Fühlen, Wollen und Handeln zu sehr von schnellem Urteilen, unzureichendem Zuhören, Nichterkennen von Gefühlen, egoistischem Wollen und Verharren auf den eingenommenen Positionen sowie einem entsprechenden Handeln leiten lassen. Daher wurde in diesem Workshop geübt – angelehnt an die Theorie der Gewaltfreien Kommunikation von Marshall Rosenberg und dem Konfliktverständnis der Mediationstheoretiker Friedrich Glasl und Rudi Ballreich –, erst einmal zu beobachten und aktiv zuzuhören und keine Urteile abzugeben. Gerade in konfliktgeladenen Kommunikationen geraten wir schnell in Bedrängnis, wenn wir zu schnell urteilen. Müssen wir wirklich sofort unsere Beurteilung und Kritik

abgeben? Meist ist es doch besser, erst einmal alle Informationen zu sammeln, bevor ich mich in den Prozess des Urteilens be gebe. Je länger ich meine Beurteilung zurückhalte, desto mehr kann ich auf Andere zugehen.

Ähnlich ist es beim Denken: Gelingt es mir, auch die Gedanken, Positionen und Interessen meines Gegenübers zu erkennen? Wie vermeide ich eine Stereotypisierung im Denken? Wenn ich einen Perspektivenwechsel vornehme, mich sozusagen in die Gedanken meines Gegenübers versetze, dann kann ich dessen bzw. deren Beweggründe vielleicht besser verstehen – ohne dass ich dieses Denken deswegen gleich übernehmen oder gutheißen muss.

In der dritten Gruppe wurde mit den Gefühlen gearbeitet. Gelingt es mir, über meine eigenen Gefühle (z.B. in der „Ich“-Form) zu sprechen? Erkenne ich die Gefühle des/r Anderen? Über die Gefühle komme ich auf die Ebene der Bedürfnisse. Wenn ich meine eigenen Bedürfnisse und die des/r Anderen erkenne, dann habe ich schon viel gewonnen. Dann kann ich klar meine Wünsche äußern, kann in klaren Worten meine Vorstellungen vortragen.

Wenn ich meine Wünsche in einer entgifteten Sprache deutlich und höflich artikuliere, dann ist dies das Gegenteil eines Befehls. Mein Gegenüber hat eine Entscheidungsfreiheit, fühlt sich nicht durch den Befehlston zurück- oder herabgesetzt. Der Wunsch wird so kommuniziert, dass sich zwei Menschen auf gleicher Augenhöhe und mit Respekt begegnen. Letztendlich ist dann mein Handeln von einer posi-



tiven Grundstimmung geprägt und ich bin in der Lage, mit meinem Nachbarn oder meiner Nachbarin, mit meinem Kollegen oder meiner Kollegin eine konstruktive Lösung für das sog. Problem zu finden. Diese Art der Kommunikation eröffnet uns einen friedvollen Weg.

Die Mediatorinnen und Mediatoren des Miteinander-Projekts stehen für die Konfliktbearbeitung in der Nachbarschaft, im Gemeinwesen und im Stadtteil – insbesondere auch im interkulturellen Kontext – gerne zur Verfügung. Denn das Motto dieser Gruppe lautet:

„Kooperativ und konstruktiv im Stadtteil“.

Infos zum Mediationsangebot:
Menschenrechtsbüro/Beauftragter für
Diskriminierungsfragen,
Tel.: 0911 – 231-10312
Internet: www.miteinander-projekt.de
(Kooperationsprojekt von AWO Nbg.,
Integrationsrat und Menschenrechtsbüro)



Die Gruppe des Miteinander-Projekts zu Beginn der Mediationsausbildung 2012, Foto: Sevim Coskun